

# Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 18. Mai 2014

Reto Burgisser, Thomas Kurer, Thomas Milic, Denise Traber, Thomas Widmer

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Ja zur Hausarztmedizin")	2'478'470 88.0%	337'240 12.0%
Volksinitiative "Pedophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen."	1'818'658 63.5%	1'044'753 36.5%
Volksinitiative "Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)."	687'347 23.7%	2'208'728 76.3%
Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeuges Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz)	1'344'734 46.6%	1'542'165 53.4%

**Stimmbeteiligung: 55.5%**

gfs.bern  
Menschen.Meinungen.Märkte.  
Hirschengraben 5  
3001 Bern

Tel. 031 / 311 08 06  
Fax 031 / 311 08 19  
E-Mail: info@gfsbern.ch

Universität Zürich  
Institut für Politikwissenschaft  
Affolternstr. 56  
8050 Zürich

Tel. 044 / 634 38 41  
Fax 044 / 634 49 25  
E-Mail: thow@ipz.uzh.ch

## VOX vom 18. Mai 2014

## **Hauptresultate der Analyse zur Abstimmung vom 18. Mai 2014**

Am 18. Mai 2014 hatte das Schweizer Stimmvolk über vier Vorlagen zu befinden. Zur Abstimmung standen der Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung, das Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen sowie die Initiativen "Padophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen" und "Für den Schutz fairer Löhne". Die Vorlage zur medizinischen Grundversorgung wurde mit einer komfortablen Mehrheit angenommen ebenso wie die Padophilie-Initiative. Der Gripen-Kauf scheiterte knapp, die Mindestlohn-Initiative deutlich.

In Erinnerung blieb den Befragten vor allem das Referendum über den Gripen. 92 Prozent der Stimmenden gaben auf die Frage, worüber am vergangenen Urnengang abgestimmt wurde, den Gripen-Kauf an. Am schnellsten geriet die Vorlage zur medizinischen Grundversorgung in Vergessenheit. Nur etwas mehr als die Hälfte der Stimmenden (55%) wusste, dass diese eine der vorgelegten Sachfragen war.

Die Stimmbeteiligung war überdurchschnittlich hoch. Besonders Linkswahlende beteiligten sich häufig, häufiger als die WählerInnen der Mitte-Parteien oder der SVP. Die von Seiten der Gripen-BefürworterInnen erhoffte Schlussmobilisierung der Armeefreunde blieb aus. Die ArmeekritikerInnen beteiligten sich am Ende häufiger als die ArmeebefürworterInnen.

### **Der Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung**

Aufgrund des sehr deutlichen Resultats (88% Zustimmung) waren keine grossen Konfliktgraben in der Stimmburgerschaft zu erwarten. In der Tat ergab sich in keiner der von uns untersuchten Merkmalsgruppen eine ablehnende Mehrheit. Alle Parteigefolgschaften nahmen die Vorlage mehrheitlich an, selbst diejenige der SVP, die als einzige der grossen Parteien eine Nein-Parole gefasst hatte.

Die Vorlage stand klar im Schatten der anderen drei Sachfragen. Das zeigt sich etwa darin, dass beinahe ein Drittel (32%) aller Stimmenden nicht wusste, wum es bei dieser Vorlage ging. Auch bei der Angabe der Stimmotive bekundeten viele Teilnehmende Mühe, eine inhaltliche Begründung für den Entscheid anzugeben. Der Anteil nicht-inhaltsbezogener Motive (wie "weiss nicht" oder "Empfehlungen befolgt") betrug auf beiden Seiten etwa dreissig Prozent.

### **Die Volksinitiative "Padophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen"**

Die Analyse zeigt einen Konfliktgraben zwischen Links und Rechts. Die AnhängerInnen der meisten bürgerlichen und rechtskonservativen Parteien unterstützten die Initiative mit überwiegender Mehrheit, während die WählerInnen linker Parteien sie mehrheitlich ablehnten. Noch wichtiger für den Stimmentscheid war indes die persönliche Bedeutung der Vorlage. Je höher die Bedeutung, desto eher legten die Stimmenden ein Ja in die Urne. Bemerkenswert ist ausserdem, wie stark das Thema bewegte. In der Rangliste der persönlich bedeutsamsten Vorlagen des Abstimmungswochenendes rangiert die Padophilie-Initiative nur knapp hinter der Mindestlohn-Initiative auf Platz zwei.

Die Analyse der Argumente zeigt, dass die Kontra-Argumente – insbesondere dasjenige, dass man für eine Jugendliebe nicht lebenslanglich bestraft werden sollte – durchaus Anklang fanden, auch bei den Ja-Stimmenden. Aber dasjenige Argument, wonach der Schutz des Kindes über allem stehe, überwog.

### **Die Volksinitiative "Für den Schutz fairer Löhne"**

Der Graben zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen der Mindestlohn-Initiative verlief ziemlich genau zwischen Links und Mitte-Rechts und war tief. Im Vergleich zur 1:12-Initiative erreichte diese Initiative jedoch innerhalb des linken Lagers eine deutlich tiefere Zustimmungquote: Nur gerade diejenigen, die sich am äusseren linken Rand des politischen Spektrums einstuften, legten mehrheitlich ein Ja (61%) in die Urne. Das gemässigt linke Lager hingegen verwarf das Begehren des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes mehrheitlich (60%). Ausserhalb des linken Lagers wurde die Initiative erwartungsgemäss wuchtig verworfen, mit Nein-Mehrheiten zwischen 83 und 94 Prozent.

Der klassische Links-Rechts-Konflikt widerspiegelt sich auch in der Entscheidung der verschiedenen Parteigelegschaften. Die SympathisantInnen der SP sagten mehrheitlich Ja zum Mindestlohn. Allerdings fiel der Ja-Stimmenanteil mit 55 Prozent eher knapp aus. Die WählerInnen der bürgerlichen Mitte-Parteien CVP, GLP, FDP, Die Liberalen und BDP hingegen verwarfen die Initiative deutlich mit Nein-Mehrheiten zwischen 95 und 82 Prozent. Auch bei der SVP-Gefolgschaft fiel die Initiative klar durch. 93 Prozent von ihnen legten ein Nein in die Urnen. Vergleicht man das Stimmverhalten zur Mindestlohninitiative mit demjenigen zur 1:12-Initiative, zeigt sich, dass die Zustimmung innerhalb des linken Lagers merklich tiefer, die Ablehnungsquote des Mitte-Rechts-Lagers jedoch um einiges höher war. In der Summe ergab dies eine deutliche Ablehnung des Begehrens.

Ahnlich wie bei der 1:12-Initiative lag ein wesentlicher Grund für das klare Scheitern der SGB-Initiative in der Angst vor negativen wirtschaftlichen Folgen im Falle einer Annahme. Das Argument, dass ein gesetzlicher Mindestlohn Arbeitsplätze vernichtet, weil Branchen wie beispielsweise die Landwirtschaft und die Gastronomie solche Löhne nicht bezahlen können, überzeugte eine klare Mehrheit von 74 Prozent der Stimmenden. Sie legten in der Folge grossmehrheitlich ein Nein in die Urnen.

### **Das Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen**

Die politische Gesinnung war von hoher Bedeutung für die Entscheidung über das Gripen-Fonds-Gesetz. Während die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge bei etwa vier von fünf SVP-AnhängerInnen (81%) auf Anklang stiess, verwarfen Stimmende aus dem linken Spektrum die Vorlage wuchtig. Allerdings beschränkte sich die Skepsis gegenüber dem Gripen nicht ausschliesslich auf linke Kreise. Die Hälfte derjenigen, die sich selber in der politischen Mitte verorten, lehnte die Vorlage ebenfalls ab. Anders als in früheren Armeeabstimmungen fehlte somit die uneingeschränkte oder zumindest grossmehrheitliche Unterstützung der Mitte-Wähler. Dies trug wesentlich zum Scheitern an der Urne bei.

Ein ähnliches Bild zeigt sich in Bezug auf die grundsätzliche Haltung zur Armee. Zwar wurde der Gripen-Kauf von den AnhängerInnen einer starken Armee angenommen, aber fast ein Viertel von ihnen (24%) legte ein Nein ein. Es zeigt, dass die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge nicht als zwingende Voraussetzung für die Erhaltung einer starken Armee betrachtet wurde. Dieser Eindruck wird durch die Inhaltsnennungen der Befragten verstärkt. Im Gegensatz zu früheren Armee-Abstimmungen (z.B. Volksinitiative zur Aufhebung der Wehrpflicht) gab es am 18. Mai 2014 kaum jemanden, der die Abstimmung als Grundsatzfrage pro oder contra Armee auffasste. Männer stimmten dem Gripen ausserdem häufiger zu (53%) als Frauen (42%). Unter den Männern wiederum war der Ja-Stimmenanteil bei aktuellen oder ehemaligen Militärangehörigen (58%) deutlich höher als bei jenen, die nie Angehörige der Armee waren (36%).

Die Stimmotive der Ja- und Nein-Stimmenden waren auf unterschiedliche Dimensionen der Vorlage bezogen. Während BefürworterInnen des Kampfjet-Kaufs diesen primär aus sicherheitspolitischen Gründen begrussten, nannten die Gripen-GegnerInnen hauptsächlich finanzpolitische Motive. Ein Drittel der Nein-Stimmenden waren der Meinung, dass die veranschlagten Kosten von rund drei Milliarden Schweizer Franken entweder zu hoch seien oder sinnvoller eingesetzt werden können. Das alleine hatte aber nicht ausgereicht für ein Nein. Zu diesen Nein-Stimmenden gesellten sich auch solche, die den Gripen als Flugzeugtyp ablehnten (13%), grundsätzlich gegen die Armee sind (9%), eine generelle Neuausrichtung der Armee verlangen (13%) und zuletzt auch der Panzen im Abstimmungskampf überdrüssig waren (6%).

Von einer grundsätzlichen Infragestellung einer eigenständigen militärischen Verteidigung der Schweiz kann trotz der Ablehnung der Gripen-Beschaffung nicht die Rede sein. Vielmehr scheint sich ein beachtlicher Teil der Nein-Stimmenden trotz positiver Haltung zur Landesverteidigung bewusst und differenziert gegen die Beschaffung dieser 22 Gripen E ausgesprochen zu haben.

## **Zur Methode**

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung zur Volksabstimmung vom 18. Mai 2014. Die Befragung wurde vom Forschungsinstitut gfs.bern innerhalb von elf Tagen nach der Abstimmung durchgeführt. Die Datenanalyse erfolgte durch das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich (IPZ). Die Befragung wurde von hundert BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch durchgeführt, wobei gfs.bern die Möglichkeit hatte, die Interviews extern, und ohne dass dies für die BefragterInnen und die Befragten erkennbar war, zu beaufsichtigen. Die Auswahl der Befragten wurde in einem dreistufigen Zufallsverfahren ermittelt. Der Stichprobenumfang betrug 1'510 stimmberechtigte Personen, davon kamen 54 Prozent aus der Deutschschweiz, 27 Prozent aus der Westschweiz und 20 Prozent aus der italienischsprachigen Schweiz. Der Stichprobenfehler für die Gesamtheit der Befragten lag bei +/-2.5 Prozent. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist dort geboten, wo die Teilstichproben klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist (50:50). In solchen Fällen können auf Grund des Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden. Für die Beteiligung wurde erstmals nach Stimmregisterdaten aus dem Kanton Genf, der Stadt St. Gallen und einer Auswahl von Gemeinden des Kantons Tessin gewichtet.

*Samtliche verwendete Begriffe beziehen sich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Sprachform*

# Analyse de la votation federale du 18 mai 2014

Reto Burgisser, Thomas Kurer, Thomas Milic, Denise Traber, Thomas Widmer

Resultats de la votation	Oui	Non
Arrete federal concernant les soins medicaux de base (contre-projet direct à l'initiative populaire « Oui à la medecine de famille »)	2'478'470 88.0%	337'240 12.0%
Initiative populaire « Pour que les pedophiles ne travaillent plus avec des enfants »	1'818'658 63.5%	1'044'753 36.5%
Initiative populaire « Pour la protection de salaires equitables (Initiative sur les salaires minimums) »	687'347 23.7%	2'208'728 76.3%
Loi federale sur le fonds d'acquisition de l'avion de combat Gripen (Loi sur le fonds Gripen)	1'344'734 46.6%	1'542'165 53.4%

**Participation : 55.5%**

gfs.bern  
Menschen.Meinungen.Markte.  
Hirschengraben 5  
3001 Bern

Tel. 031 / 311 08 06  
Fax 031 / 311 08 19  
E-Mail: info@gfsbern.ch

Universite de Zurich  
Institut des sciences politiques  
Affolternstr. 56  
8050 Zurich

Tel. 044 / 634 38 41  
Fax 044 / 634 49 25  
E-Mail: thow@ipz.uzh.ch

**VOX du 18 mai 2014**

## **Principaux resultats de l'analyse de la votation du 18 mai 2014**

Le 18 mai 2014, quatre objets etaient soumis au peuple suisse : l'arrete federal concernant les soins medicaux de base, la loi federale sur le fonds d'acquisition de l'avion de combat Gripen ainsi que les initiatives « Pour que les pedophiles ne travaillent plus avec des enfants » et « Pour la protection de salaires equitables. » L'arrete concernant les soins medicaux de base a ete accepte par une confortable majorite, tout comme l'initiative sur la pedophilie. L'achat du Gripen a echoue de peu, l'initiative pour les salaires minimums nettement.

Les sondes se sont avant tout souvenues du referendum sur le Gripen. Lorsqu'on leur a demande quels objets avaient ete soumis au vote, 92 pour cent des votants ont indique l'achat du Gripen. C'est l'arrete sur les soins medicaux de base qui est tombe le plus rapidement dans l'oubli. Seuls un peu plus de la moitie des votants (55%) savaient que celui-ci etait l'un des objets de la votation.

La participation a ete nettement superieure à la moyenne. Celle-ci etait en particulier elevee chez les votants de gauche, qui ont participe davantage que ceux des partis du centre ou de l'UDC. La mobilisation finale des amis de l'armee, esperee par les partisans du Gripen, n'a pas eu lieu. Finalement les opposants à l'armee se sont exprimes plus souvent dans les urnes que ses partisans.

### **L'arrete federal concernant les soins medicaux de base**

En raison du resultat limpide (88% d'approbation), il ne fallait pas s'attendre à de grands fosses conflictuels parmi l'electorat. En effet, nous n'avons trouve aucune majorite negative dans les groupes caracteristiques que nous avons examines. Les partisans de tous les partis ont majoritairement accepte cet objet, meme ceux de l'UDC, le seul grand parti qui avait recommande de voter NON.

Cet arrete est clairement reste dans l'ombre des trois autres objets. Ainsi par exemple, presque un tiers (32%) de tous les votants ignorait de quoi il s'agissait. De meme, en indiquant les motifs de leur vote, nombre de participants ont eu de la peine à exposer les motifs de leur choix. La part des motifs qui ne se rapportent pas au contenu (tels que « ne sais pas » ou « suivi des recommandations ») etait d'environ 30 pour cent des deux cotes.

### **L'initiative populaire « Pour que les pedophiles ne travaillent plus avec des enfants »**

L'analyse montre un fosse entre la gauche et la droite. Les partisans de la plupart des partis bourgeois et de la droite conservatrice ont soutenu l'initiative à une large majorite, alors que les votants de gauche l'ont majoritairement rejete. Cependant la signification personnelle de cet objet presentait une importance encore plus grande pour le choix. Plus l'importance etait elevee, plus les votants avaient tendance à déposer un OUI dans l'urne. En outre, ce qui est remarquable, c'est l'emotion suscitee par le sujet. Dans le classement des objets les plus significatifs de ce week-end de votation sur le plan personnel, l'initiative sur la pedophilie occupe de justesse la seconde place derriere celle des salaires minimums.

L'analyse des arguments montre que les contre-arguments – en particulier celui qui relevait que, pour un amour de jeunesse, un jeune ne devait pas être puni à vie – ont réellement fait mouche, également chez les personnes ayant opté pour le OUI. Mais l'argument selon lequel la protection de l'enfant passe par-dessus tout a été prédominant.

### **L'initiative populaire « Pour la protection de salaires équitables »**

Le profond fossé qui séparait les partisans des adversaires de l'initiative passait assez exactement entre la gauche et le centre droit. Comparativement à l'initiative 1:12, l'initiative sur les salaires minimums a atteint un taux d'approbation nettement plus faible dans le camp de gauche : seuls ceux qui se classaient à l'extrême gauche du spectre politique ont déposé majoritairement un OUI dans l'urne (61%). En revanche, la majorité (60%) de la gauche modérée a rejeté la demande de l'USS. À l'extérieur du camp de gauche, comme il fallait s'y attendre, l'initiative a été massivement rejetée, avec des majorités de NON situées entre 83 et 94 pour cent.

Le conflit classique gauche droite se retrouve aussi dans le choix des différents partisans des partis. Une majorité des sympathisants du PS a approuvé les salaires minimums. Il est vrai qu'avec 55 pour cent, la part de OUI était faible. En revanche, les électeurs des partis bourgeois du centre, PDC, PVL, PLR. Les Libéraux-Radicaux et le PBD, ont nettement rejeté cet objet à des taux allant de 95 à 82 pour cent. Il en va de même pour les partisans de l'UDC, puisque 93 pour cent d'entre eux ont déposé un NON dans l'urne. Si l'on compare l'initiative sur les salaires minimums à l'initiative 1:12 en ce qui concerne le comportement de vote, on s'aperçoit que l'approbation du camp de gauche a été sensiblement plus faible, mais que le taux de rejet du camp du centre-droit a été quelque peu supérieur. Au final, l'initiative a été nettement refusée.

Comme pour l'initiative 1:12, l'une des raisons principales qui explique le net rejet de cet objet réside dans la crainte de conséquences négatives en cas d'acceptation. L'argument selon lequel un salaire minimum fixe par la loi détruirait des places de travail parce que des branches telles que l'agriculture et la gastronomie seraient incapables de payer de tels salaires, a convaincu une nette majorité de 74 pour cent des votants. La grande majorité d'entre eux a donc déposé un NON dans l'urne.

### **La loi fédérale sur le fonds d'acquisition de l'avion de combat Gripen**

Les convictions politiques ont joué un rôle important pour le vote concernant la loi sur le fonds d'acquisition du Gripen. Alors que l'achat de nouveaux avions de combat était salué par quatre partisans de l'UDC sur cinq (81%), les votants du spectre de gauche repoussaient massivement cet objet. Il est vrai que le scepticisme relatif au Gripen n'était pas l'apanage des milieux de gauche. La moitié de ceux qui se classaient eux-mêmes au centre, l'ont également refusé. Contrairement aux votations antérieures sur l'armée, le soutien sans réserve, ou à tout le moins largement majoritaire des électeurs du centre a ainsi fait défaut. Cela a fortement contribué au rejet de justesse de cette loi.

On assiste à un phénomène identique en ce qui concerne la position fondamentale par rapport à l'armée. Si l'acquisition des Gripen a été acceptée par les partisans d'une armée forte, presque un quart d'entre eux (24%) a déposé un NON dans l'urne. Cela



montre que l'achat de nouveaux avions de combat n'a pas été considéré comme une nécessité vitale pour le maintien d'une armée forte. Cette impression est renforcée par les mentions des sondes sur le contenu. Contrairement aux votations antérieures sur l'armée (par ex. l'initiative populaire OUI à l'abrogation du service militaire obligatoire), le 18 mai 2014, quasiment personne n'a considéré cette votation comme une question de principe pour ou contre l'armée. En outre, les hommes ont voté plus souvent pour (53 %) que les femmes (42 %). Pour les hommes, le taux de oui était nettement plus élevé parmi le personnel militaire actuel ou ancien (58 %) que chez ceux qui n'ont jamais fait partie de l'armée (36 %).

Les motifs de vote des personnes ayant voté OUI et de celles ayant voté NON se rapportaient à des dimensions de l'objet sensiblement différentes. Alors que les partisans de l'avion de combat saluaient son achat essentiellement pour des motifs de sécurité, les adversaires citaient principalement des arguments financiers. Un quart des personnes ayant voté NON était d'avis que les coûts prévus de trois milliards de francs suisses étaient soit trop élevés soit qu'il était possible de les utiliser de manière plus judicieuse. Mais à lui seul cet argument n'aurait pas suffi pour un NON. A ces personnes, il faut ajouter celles qui ont rejeté le Gripen en tant que type d'avion (13%), celles qui sont fondamentalement contre l'armée (9%), celles qui demandent une reorientation générale de l'armée (13%) et finalement celles qui en avaient plus qu'assez des pannes dans la campagne de votation (6%).

Malgré le rejet de l'acquisition des Gripen, il n'est aucunement question de remettre en cause une défense militaire autonome de la Suisse. Au contraire, il semble qu'un nombre important des tenants du NON se soit exprimé sciemment et de manière différenciée contre l'achat de ces 22 Gripen E, malgré une position positive par rapport à la défense du pays.

## **A propos de la méthode**

La présente analyse repose sur un sondage représentatif effectué par le partenariat VOX après la votation populaire du 18 mai 2014. L'Institut de recherche gfs.bern a réalisé le sondage en l'espace de 11 jours après la votation. L'analyse des données a été confiée à l'Institut des sciences politiques de l'Université de Zurich (ISPZ). Le sondage a été réalisé par téléphone depuis le domicile de 100 enquêteurs. gfs.bern avait cependant la possibilité de surveiller les entretiens depuis l'extérieur, sans que les enquêteurs et les sondes ne puissent s'en apercevoir. Le choix des sondes a été effectué selon une procédure aléatoire sur trois niveaux. Le volume de l'échantillonnage s'élève à 1510 ayants droit au vote, dont 54 pour cent sont originaires de Suisse allemande, 27 pour cent de Suisse romande et 20 pour cent de Suisse italophone. La marge d'erreur pour l'ensemble des sondes se situe à +/-2.5 pour cent. La prudence est de mise dans l'interprétation des données là où les échantillons subdivisés sont minimes et où parallèlement la répartition des valeurs en pour cent est équilibrée (50:50). Dans de tels cas, en raison d'une marge d'erreur plus importante, il est impossible de faire des déductions quant aux rapports de majorité. En ce qui concerne la participation, pour la première fois, les données des registres électoraux du canton de Genève, de la ville de St. Gall et d'une sélection de communes du canton du Tessin ont servi à la pondération.

*Toute désignation de personne, de statut ou de fonction s'entend indifféremment au féminin et au masculin*

# Analisi delle votazioni federali del 18 maggio 2014

Reto Burgisser, Thomas Kurer, Thomas Milic, Denise Traber, Thomas Widmer

Risultati delle votazioni	SI	NO
Decreto federale concernente le cure mediche di base (Controprogetto diretto all'iniziativa popolare "S` alla medicina di famiglia").	2'478'470 88.0%	337'240 12.0%
Iniziativa popolare "Affinche i pedofili non lavorino più con fanciulli."	1'818'658 63.5%	1'044'753 36.5%
Iniziativa popolare "Per la protezione di salari equi (Iniziativa sui salari minimi)."	687'347 23.7%	2'208'728 76.3%
Legge federale sul fondo per l'acquisto dell'aereo da combattimento Gripen .	1'344'734 46.6%	1'542'165 53.4%

**Partecipazione: 55.5%**

gfs.bern  
Menschen.Meinungen.Markte.  
Hirschengraben 5  
3001 Bern

Tel. 031 / 311 08 06  
Fax 031 / 311 08 19  
E-Mail: info@gfsbern.ch

Universitat Zurich  
Institut fur Politikwissenschaft  
Affolternstr. 56  
8050 Zurich

Tel. 044 / 634 38 41  
Fax 044 / 634 49 25  
E-Mail: thow@ipz.uzh.ch

## VOX del 18 maggio 2014

## **Risultati principali dell'analisi sulle votazioni del 18 maggio 2014**

Il 18 maggio 2014, l'elettorato svizzero ha dovuto votare quattro proposte. Erano in votazione il decreto federale concernente le cure mediche di base, la legge federale sul fondo per l'acquisto dell'aereo da combattimento Gripen e le iniziative "Affinche i pedofili non lavorino più con i fanciulli" e "Per la protezione di salari equi". La proposta sulle cure mediche di base è stata approvata con una larga maggioranza, come pure l'iniziativa contro i pedofili. L'acquisto dei Gripen è fallito per poco, l'iniziativa sui salari minimi è stata chiaramente respinta.

Nella memoria degli interrogati è rimasto soprattutto il referendum sul Gripen. Alla domanda su cosa si era votato l'ultima volta, il 92 dei votanti ha citato l'acquisto dei Gripen. È stata dimenticata più rapidamente di tutte la proposta sulle cure mediche di base. Solamente poco più della metà dei votanti (55%) sapeva che era una delle domande concrete presentate.

La partecipazione era superiore alla media. Specialmente la sinistra ha partecipato, molto di più dei votanti dei partiti di centro e dell'UDC. È mancata la mobilitazione finale degli amici dell'esercito, sperata dai favorevoli al Gripen. Alla fine, i contrari all'esercito hanno partecipato più dei favorevoli.

### **Il decreto federale concernente le cure mediche di base**

A causa del chiarissimo risultato (88% di approvazione) non erano da attendersi dei grandi fossati di conflitto tra i cittadini. Infatti, in nessuno dei gruppi di caratteristiche da noi esaminati è risultata una maggioranza di rifiuto. I seguaci di tutti i partiti hanno approvato a maggioranza la proposta, perfino quelli dell'UDC, che, unico tra i grandi partiti, aveva espresso la parola d'ordine NO.

La proposta era chiaramente oscurata dalle altre tre domande concrete. Questo è dimostrato, per esempio, col fatto che quasi un terzo (32%) di tutti i votanti non sapeva cosa trattava questa proposta. Anche nell'indicazione dei motivi di voto, molti partecipanti hanno fatto un po' fatica a citare un contenuto giustificativo della decisione. Il tasso dei motivi non riferiti al contenuto (come "non so" oppure "secondo una raccomandazione") ammontava per entrambe le parti al 30 per cento circa.

### **L'iniziativa popolare "Affinche i pedofili non lavorino piu con i fanciulli"**

L'analisi evidenzia un fossato di conflitto tra sinistra e destra. Gli aderenti alla maggior parte dei partiti borghesi e conservatori di destra hanno appoggiato l'iniziativa a grande maggioranza, mentre i votanti dei partiti di sinistra l'hanno respinta a maggioranza. Ancora più determinante per la decisione di voto era, però, l'importanza personale della proposta. Quanto maggiore era l'importanza, tanto più spesso i votanti hanno messo un SI nell'urna. È inoltre degna di nota l'intensità di percezione del tema. Nella graduatoria dell'importanza personale delle proposte del fine settimana di votazione, l'iniziativa contro la pedofilia è seconda a breve distanza dietro l'iniziativa sui salari minimi.

L'analisi degli argomenti mostra che quelli contrari, e specialmente quello che non si dovrebbe essere discriminati per tutta la vita a causa di un amore giovanile, hanno riscontrato del tutto approvazione, anche da parte dei votanti SI. Ma ha prevalso l'argomento che la protezione del bambino ha la massima priorità.

### **L'iniziativa popolare "Per la protezione di salari equi"**

Il fossato tra i favorevoli e i contrari all'iniziativa si situava esattamente tra la sinistra e il centro-destra ed era profondo. In confronto all'iniziativa 1:12, quella sui salari minimi ha raggiunto, però, una quota d'approvazione sensibilmente inferiore nel campo delle sinistre: solo quelli che si posizionavano al margine estremo sinistro della scala politica hanno messo a maggioranza (61%) un SI nelle urne. Il campo della sinistra moderata, invece, ha respinto a maggioranza (60%) la proposta dell'USS. All'esterno del campo delle sinistre, l'iniziativa è stata violentemente respinta, come era da attendersi, con una maggioranza di NO compresa tra l'83 e il 94 per cento.

Il classico conflitto sinistra-destra si riflette anche nella decisione degli appartenenti ai differenti partiti. I simpatizzanti per il PSS hanno detto a maggioranza SI per il salario minimo. Tuttavia, la parte di voti SI (55 per cento) è stata scarsa. I votanti dei partiti borghesi del centro PPD, PEL, PLR. I Liberali e PBD, invece, hanno respinto chiaramente l'iniziativa con maggioranze di NO tra il 95 e l'82 per cento. Anche presso i seguaci dell'UDC, l'iniziativa è chiaramente fallita. Il 93 per cento di loro ha messo un NO nell'urna. Se si confronta il comportamento di voto dell'iniziativa per il salario minimo con quello dell'iniziativa 1:12, si nota che l'approvazione nel campo di sinistra era notevolmente inferiore, mentre quella di rifiuto del campo di centro-destra era ben maggiore. Dalla somma è risultato un chiaro rifiuto della proposta.

Analogamente all'iniziativa 1:12, una ragione importante per il chiaro fallimento dell'iniziativa era il timore di conseguenze economiche negative in caso di approvazione. L'argomento che un salario minimo stabilito per legge distrugge posti di lavoro, perché alcuni settori, come quello dell'agricoltura e quello della gastronomia, non possono pagare simili salari, ha convinto una chiara maggioranza del 74 per cento dei votanti. Di conseguenza, hanno messo a grande maggioranza un NO nelle urne.

### **La legge federale sul fondo per l'acquisto dell'aereo da combattimento Gripen**

La disposizione politica era di grande importanza per la decisione sulla legge per il fondo Gripen. Mentre che l'acquisto di nuovi aerei da combattimento aveva riscosso l'approvazione di circa quattro su cinque (81%) aderenti all'UDC, i votanti di sinistra hanno violentemente respinto la proposta. Tuttavia, lo scetticismo nei confronti del Gripen non si è limitato esclusivamente ai cerchi della sinistra. La metà di quelli che si localizzano politicamente al centro ha respinto anch'essa la proposta. A differenza di precedenti votazioni sull'esercito, mancava cos' l'appoggio illimitato o almeno a grande maggioranza dei votanti del centro. Principalmente questo ha portato al fallimento con esiguo margine alle urne.

Un'immagine simile si evidenzia in relazione all'atteggiamento fondamentale verso l'esercito. È vero che l'acquisto dei Gripen è stato approvato dai sostenitori di un forte esercito, ma quasi un quarto (24%) di loro ha votato NO. Si dimostra cos' che l'acquisto

di nuovi aerei da combattimento non è stato considerato un presupposto indispensabile per il mantenimento di un forte esercito. Quest'impressione è rafforzata dalla menzione dei contenuti da parte degli interpellati. Contrariamente a precedenti votazioni sull'esercito (per esempio, l'iniziativa popolare sull'abolizione del servizio militare obbligatorio), il 18 maggio 2014 non c'è stato quasi nessuno che considerasse la votazione come questione basilare a favore o contro l'esercito. Inoltre gli uomini (53%) hanno approvato i Gripen più delle donne (42%). Tra gli uomini il tasso d'approvazione è stato nettamente più alto fra i militari o ex militari (58%) che fra le persone che sono mai state membri delle forze armate (36%).

I motivi di voto dei votanti SI e NO erano riferiti a differenti dimensioni della proposta. Mentre che i favorevoli all'acquisto degli aerei da combattimento lo desideravano prima di tutto per delle ragioni di politica della sicurezza, i contrari ai Gripen hanno citato specialmente dei motivi di politica economica. Un terzo dei votanti NO era del parere che i costi preventivati di circa tre miliardi di franchi svizzeri sarebbero troppo elevati, o avrebbero potuto essere utilizzati in modo più sensato. Tuttavia, questo, da solo, non sarebbe stato sufficiente per un NO. A questi votanti NO si sono associati anche quelli che rifiutavano il Gripen come tipo d'aereo (13%), sono per principio contro l'esercito (9%), richiedono una nuova organizzazione generale dell'esercito (13%) e infine quelli che sono stufi degli errori nella campagna di votazione (6%).

Non ostante il rifiuto dell'acquisto del Gripen, non si può parlare di una fondamentale messa in discussione di una propria difesa militare indipendente della Svizzera. Sembra invece che una considerevole parte dei votanti NO si sia espressa cosciente e differenziata contro l'acquisto di questi 22 Gripen E non ostante l'atteggiamento positivo in relazione alla difesa nazionale.

## **Metodologia**

La presente inchiesta si basa su un sondaggio a posteriori realizzato dalla comunità di lavoro VOX sulla votazione popolare del 18 maggio 2014. L'inchiesta è stata condotta dall'istituto di ricerca gfs.berna entro 11 giorni dalla votazione. L'analisi dei dati è stata eseguita dall'Istituto di Scienze politiche dell'Università di Zurigo (IPZ). Le inchieste sono state condotte per telefono da 100 intervistatori dal loro domicilio e gfs.berna aveva la possibilità di sorvegliare le interviste dall'esterno senza che le persone coinvolte se ne accorgessero. La selezione delle persone intervistate è avvenuta con un procedimento casuale a tre stadi. Il campione ammontava a 1'510 aventi diritto al voto, di cui il 54 per cento dalla Svizzera tedesca, il 27 per cento dalla Svizzera occidentale e il 20 per cento dalla Svizzera italofona. L'errore di campione per l'insieme delle persone interpellate era del +/- 2.5 per cento. Occorre procedere con prudenza nell'interpretazione dei dati quando i campioni parziali sono piccoli ed è anche equilibrata la distribuzione dei valori percentuali (50:50). In casi del genere, a causa dell'errore di campione non si possono fare delle affermazioni sui rapporti di maggioranza. La partecipazione è stata per la prima volta ponderata con dati dei cataloghi elettorali del canton Ginevra, della città di San Gallo e di alcuni comuni del canton Ticino.

*Ogni riferimento a persone, statuti o funzioni e da intendersi indifferentemente al maschile come al femminile*

# Inhaltsverzeichnis

Hauptresultate der Analyse zur Abstimmung vom 18. Mai 2014.....	ii
Principaux resultats de l'analyse de la votation du 18 mai 2014 .....	vii
Risultati principali dell'analisi sulle votazioni del 18 maggio 2014.....	xi
<b>1. Bedeutung der Vorlagen, Stimmbeteiligung und Meinungsbildung .....</b>	<b>2</b>
1.1 Bedeutung der Vorlagen .....	2
1.2 Stimmbeteiligung.....	3
1.3 Meinungsbildung.....	5
<b>2. Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Ja zur Hausarztmedizin") .....</b>	<b>7</b>
2.1 Ausgangslage.....	7
2.2 Das Profil der Stimmenden .....	7
2.3 Wahrnehmung.....	10
2.4 Die Stimm motive.....	11
2.5 Pro- und Kontra-Argumente.....	12
<b>3. Volksinitiative "Padophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen" .....</b>	<b>14</b>
3.1 Ausgangslage.....	14
3.2 Das Profil der Stimmenden .....	14
3.3 Wahrnehmung.....	17
3.4 Die Stimm motive.....	18
3.5 Pro- und Kontra-Argumente.....	19
<b>4. Volksinitiative "Für den Schutz fairer Löhne" .....</b>	<b>21</b>
4.1 Ausgangslage.....	21
4.2 Das Profil der Stimmenden .....	22
4.3 Wahrnehmung.....	24
4.4 Die Stimm motive.....	25
4.5 Pro- und Kontra-Argumente.....	26
<b>5. Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz) .....</b>	<b>28</b>
5.1 Ausgangslage.....	28
5.2 Das Profil der Stimmenden .....	29
5.3 Wahrnehmung.....	32
5.4 Die Stimm motive.....	33
5.5 Pro- und Kontra-Argumente.....	35
<b>6. Zur Methode.....</b>	<b>38</b>

**Tabelle 1: Ergebnisse in Prozent der Stimmenden gesamtschweizerisch und pro Kanton**

	Stimmbeteiligung in %	medizinische Grundversorgung % Ja	Padophilie- Initiative % Ja	Mindestlohn- Initiative % Ja	Gripen- Beschaffung % Ja
<b>Schweiz</b>	<b>55.5</b>	<b>88.0</b>	<b>63.5</b>	<b>23.7</b>	<b>46.6</b>
ZH	56.9	86.8	57.3	25.4	48.6
BE	52.7	89.5	57.1	23.8	49.1
LU	58.3	88.6	57.5	18.2	54.3
UR	51.2	86.3	63.2	17.6	62.4
SZ	59.4	81.0	65.1	13.6	61.5
OW	60.8	82.8	59.4	13.9	63.8
NW	63.0	83.2	59.3	12.8	68.2
GL	51.0	88.7	63.5	17.7	59.9
ZG	63.1	86.5	58.5	15.8	58.0
FR	57.2	90.8	68.8	24.9	40.6
SO	53.9	87.6	65.2	22.3	50.3
BS	57.9	89.0	56.2	37.7	32.3
BL	55.0	88.7	61.7	23.7	42.5
SH	70.4	87.2	65.7	25.5	49.4
AR	57.1	82.1	55.0	18.6	51.1
AI	51.4	82.1	59.4	12.1	60.8
SG	54.3	85.1	63.4	18.3	52.0
GR	53.7	89.1	62.3	18.2	50.7
AG	56.2	87.3	63.9	19.2	51.9
TG	54.2	84.7	62.6	17.8	55.6
TI	54.8	87.3	83.0	32.0	45.3
VD	58.1	91.3	68.6	28.3	35.0
VS	61.2	84.2	74.1	18.0	38.1
NE	56.6	93.7	70.0	31.9	30.9
GE	56.7	92.8	73.7	33.9	32.3
JU	53.7	90.7	71.5	35.9	25.7

Quelle: <http://www.admin.ch> (vorläufige Ergebnisse)

# 1. Bedeutung der Vorlagen, Stimmbeteiligung und Meinungsbildung

## 1.1 Bedeutung der Vorlagen

Die Befragten konnten die Bedeutung der Vorlagen für sich selbst und für das Land auf einer Skala von Null (keine Bedeutung) bis zehn (allerhöchste Bedeutung) einstufen. Der Mindestlohn-Initiative wurde dabei die höchste nationale Bedeutung zugewiesen, gefolgt von der medizinischen Grundversorgung und der Padophilie-Initiative. Der bis zum Schluss umkämpfte Gripen-Kauf erzielte von allen vier Vorlagen überraschenderweise die tiefsten nationalen Bedeutungswerte. Diese Ergebnisse sind allerdings mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren. Die hohen nationalen Bedeutungswerte, die etwa die kaum umstrittene Hausarztvorlage erhielt, sind wohl eher Ausdruck des Stellenwerts, den die Gesundheit im Leben allgemein einnimmt, und haben wohl wenig mit der vorgelegten Sachfrage zu tun. Wie sonst wäre es nämlich zu erklären, dass fast die Hälfte (43%) derer, welche der Hausarztvorlage die *höchsten* Bedeutungswerte zuwies, sich nicht erinnern konnten, dass darüber abgestimmt wurde. Die Frage, über welche Vorlagen am letzten Abstimmungswochenende abgestimmt wurde, ist möglicherweise ein genauerer Indikator für die Relevanz, welche die Vorlagen für die Stimmbürgerschaft hatten: Fast alle Stimmenden (92%) erinnerten sich, dass der Gripen-Kauf eine der vorgelegten Sachfragen war, während die Erinnerung an die Mindestlohn- und die Padophilie-Initiative bei einigen bereits ein wenig verblasst war (71% bzw. 66% erinnerten sich an diese beiden Sachfragen). Dass auch über eine vierte Vorlage – die medizinische Grundversorgung – abgestimmt wurde, war schliesslich nur noch knapp der Hälfte der am Urnengang Teilnehmenden (55%) bewusst. Sich an eine Vorlage zu erinnern und ihr hohe Bedeutung zuzumessen, sind zwar unterschiedliche Dinge, doch der Umstand, dass sich nur noch etwa die Hälfte der Teilnehmenden an die Hausarztvorlage erinnerte, relativiert ihre vergleichsweise hohen, von den Befragten im Nachgang zugewiesenen Bedeutungswerte.

Personliche Betroffenheit wurde in den Vorlagen in unterschiedlichem Ausmass erkannt. Erwartungsgemäss erachteten Befragte aus den tieferen Einkommensklassen die Mindestlohn-Initiative für persönlich bedeutsamer als solche, die ein überdurchschnittliches Einkommen erzielen.<sup>1</sup> Das Gripen-Referendum wiederum war für Männer (6.6) eine wichtigere Angelegenheit als für Frauen (5.9). Dieser Geschlechterunterschied ist zudem für die Differenzen in der Bedeutungszumessung zwischen Militärangehörigen und solchen, die nie Militärdienst leisteten – vornehmlich natürlich Frauen – verantwortlich. Indes, aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang vor allem der Befund, dass der Gripen-Kauf die *ehemaligen* Armeeangehörigen signifikant stärker (6.9) aufwühlte als solche, die *aktuell* Militärdienst leisten (5.5). Selbiger Umstand manifestiert sich folgerichtig auch in der Wichtigkeit, welche die verschiedenen Altersgruppen dem Gripen-Referendum beimessen. Für über 50-Jährige hatte die Vorlage eine deutlich höhere Bedeutung (zwischen 6.6 und 6.9) als für die jungen Stimmbürger (18-29-Jährige: 5.4). Unterschiede gibt es zudem auch zwischen Links und Rechts sowie zwischen ArmeebefürworterInnen und ArmeegegnerInnen. Für Linkstehende und ArmeekritikerInnen war der Gripen-Kauf keine allzu bedeutsame Sache<sup>2</sup>, während die ArmeebefürworterInnen (6.7) und diejenigen, die sich selbst am rechten, äusseren Rand des ideologischen Spektrums (7.5) einstufen, das ganz anders sahen.

---

<sup>1</sup> Der durchschnittliche persönliche Bedeutungswert für Befragte mit einem Haushaltseinkommen bis 3'000 Franken betrug 7.1, derjenige für Befragte mit einem Haushaltseinkommen zwischen 3'000 und 5'000 Franken 6.8. Der Durchschnittswert für die Gesamtheit aller Befragten liegt darunter (6.5).

<sup>2</sup> Linksaussen betrug der entsprechende Mittelwert 5.7 und für diejenigen, die sich keine bzw. nur eine schwache Schweizer Armee wünschen, 6.1.



Die Padophilie-Initiative<sup>3</sup> wiederum loste hohe persönliche Betroffenheit bei den Frauen aus (7.0), während Männer die Vorlage für nicht überaus beachtenswert (5.6) erachteten. Hingegen hatte die Zahl der im Haushalt lebenden Kinder keinen nennenswerten Einfluss auf die Bedeutungszumessung.<sup>4</sup> Das liegt wohl hauptsächlich daran, dass es vor allem ältere Stimmberechtigte (und darunter wiederum vor allem Frauen) waren, die der Vorlage höchste persönliche Bedeutung beimessen: Bei den 18-29-Jährigen liegt der durchschnittliche persönliche Bedeutungswert der Padophilie-Initiative bei lediglich 4.7, während er bei den über 70-Jährigen hohe 7.1 beträgt.

**Tabelle 1.1: Wahrnehmung der Bedeutung der Vorlage für das Land und für sich selbst, in Prozent Stimmberechtigter**

Bedeutung für ...	medizinische Grundversorgung		Padophilen-Initiative		Mindestlohn-Initiative		Gripen	
	das Land	sich selbst	das Land	sich selbst	das Land	sich selbst	das Land	sich selbst
Sehr klein (0, 1)	2	9	3	10	2	6	4	7
Klein (2-4)	6	16	8	15	8	12	12	17
Mittel (5)	16	19	17	14	13	19	15	17
Gross (6-8)	52	44	44	33	47	39	40	34
Sehr gross (9, 10)	25	12	28	29	30	24	30	24
Arithmetisches Mittel (n)	7.2 (1339)	5.9 (1369)	7.1 (1390)	6.4 (1400)	7.3 (1414)	6.5 (1427)	6.9 (1413)	6.2 (1439)

© Universität Zurich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

## 1.2 Stimmbeteiligung

Zunächst eine Vorbemerkung zur Beteiligungsanalyse: Zum ersten Mal wurden die Vox-Umfragedaten zusätzlich nach Alter gewichtet. Die der Gewichtung zugrundeliegenden Stimmregisterdaten stammen aus dem Kanton Genf (für die Gewichtung der Beteiligung nach Alter in der Romandie), der Stadt St. Gallen (stellvertretend für die Deutschschweiz) und 61 Gemeinden des Kantons Tessin<sup>5</sup>.

Am 18. Mai 2014 nahmen 55.5 Prozent der stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger an den Abstimmungen teil. Dieser Wert liegt deutlich über dem Durchschnitt der letzten 23 Jahre (1991 bis 2013: 43.8%) und nur geringfügig unter der Partizipationsquote, die für die stark mobilisierende Masseneinwanderungsinitiative ausgewiesen wurde (56.6%). Wie bei allen Abstimmungen ist das politische Interesse einer der zentralen Faktoren, welcher die Teilnahme erklärt. Wer an Politik interessiert ist, nimmt erwartungsgemäss auch viel eher teil als solche, die der Politik indifferent gegenüber stehen. Alter und Bildung korrelieren ebenfalls mit der Wahrscheinlichkeit, an die Urne zu gehen. Die jüngste Altersgruppe ist bei der Abstimmung wie so oft am stärksten untervertreten (41%); die Differenz zur teilnahmefleissigsten Altersgruppe – den 60 bis 69-Jährigen (69%) – beträgt knapp dreissig Prozentpunkte. Hoher gebildete Personen beteiligten sich zudem überdurchschnittlich häufig an der Abstimmung (68%), während die Teilnahmequote der tiefsten Bildungsschicht lediglich 33 Prozent betrug.

Am stärksten mobilisiert wurden die WählerInnen aus dem linken Spektrum. 77 Prozent von ihnen nahmen nach eigenem Bekunden am Urnengang teil. Dieser Wert liegt klar über der Par-

<sup>3</sup> Interessant ist ausserdem, dass keine der vier Vorlagen so hohe Anteile an den beiden Bedeutungspolen erzielte wie die Padophilie-Initiative. Für überdurchschnittlich viele Befragte war sie völlig bedeutungslos (Wert 0 auf der Bedeutungsskala), während sie wiederum für überdurchschnittlich viele Befragte von höchster Bedeutung (Maximalwert 10 auf der Bedeutungsskala) war.

<sup>4</sup> Betrachtet man nur die Frauen, ist es gar so, dass ausgerechnet diejenige Gruppe von Befragten, die angab, keine Kinder im Haushalt zu haben, die höchsten Bedeutungswerte aufwies.

<sup>5</sup> Diese 61 Gemeinden machen 70.4 Prozent der Stimmberechtigten des Kantons Tessin aus.

tizipationsquote der sich rechts oder rechtsausen einstufoenden Befragten. Ein ahnliches Bild zeigt sich, wenn die Beteiligung nach Parteisymphathie aufgeschlüsselt wird. Die SympathisantenInnen der Grunen und der SP beteiligten sich haufig (89<sup>6</sup> bzw. 64%), wahrend die FDP- und SVP-Anhangerschaft (54 bzw. 51% Beteiligungsquote), aber speziell auch die CVP-WahlerInnen (42% Partizipationsrate) der Urne offer als die Linkstehenden fernblieben. Umso mehr erstaunt in diesem Zusammenhang die deutliche Ablehnung der Mindestlohn-Initiative. Sie scheiterte nicht daran, dass die linken WahlerInnen sich nicht mobilisieren liessen, vielmehr wurde sie trotz uberdurchschnittlich hoher Beteiligung der LinkswahlerInnen wuchtig verworfen. Von dieser Mobilisierung konnten die Gripen-GegnerInnen moglicherweise profitieren. Auf jeden Fall nahmen die selbsterklarten ArmeegegnerInnen eher teil (68%) als die BefurworterInnen einer starken Armee (53%).

Im Zusammenhang mit der Mindestlohn-Initiative lohnt sich auch ein Blick auf die Beteiligungswerte der verschiedenen Einkommensklassen: Diejenigen, die von der genannten Vorlage am direktesten betroffen waren, blieben der Urne am ehesten fern: 41 bzw. 42 Prozent betrug die Stimmbeteiligung bei den Befragten mit einem Haushaltseinkommen unter 3'000 bzw. zwischen 3'000 und 5'000 Franken. Als Vergleichsgruppe diene an dieser Stelle die Gruppe derer, die in die hochste hier erhobene Einkommensklasse (uber 11'000 Franken) fallen: Von ihnen nahmen 77 Prozent teil, demnach fast doppelt so viele wie innerhalb der tiefsten Einkommensklassen.

**Tabelle 1.2: Beteiligung nach sozialen und politischen Merkmalen in Prozent der Stimmdenden**

<b>Merkmale/Kategorien</b>	<b>Stimmbeteiligung in %</b>	<b>N</b>	<b>Korrelations- koeffizient<sup>a</sup></b>
<b>Total VOX (gewichtet)</b>	<b>56</b>	<b>1502</b>	
<b>Haushaltseinkommen</b>			<b>V = .28***</b>
Bis 3'000 CHF	41	109	
3-5'000 CHF	42	390	
5-7'000 CHF	52	321	
7-9'000 CHF	80	197	
9-11'000 CHF	61	145	
Uber 11'000 CHF	77	151	
<b>Alter</b>			<b>V = .20***</b>
18 bis 29 Jahre	41	206	
30 bis 39 Jahre	46	275	
40 bis 49 Jahre	52	232	
50 bis 59 Jahre	61	270	
60 bis 69 Jahre	69	270	
70 Jahre und mehr	65	249	
<b>Bildung</b>			<b>V = .26***</b>
Hoher Bildungsstand	68	779	
Mittlerer Bildungsstand	45	616	
Niedriger Bildungsstand	33	107	

<sup>6</sup> Aufgrund der geringen Fallzahl (n=44) ist diese Angabe als Tendenz zu verstehen. Das 95%-Konfidenzintervall liegt im vorliegenden Fall zwischen 80 und 98 Prozent. Das heisst, die "wahre" Stimmbeteiligung der Grunen-AnhangerInnen (d.h. diejenige in der Grundgesamtheit aller Schweizer Stimmberechtigten) liegt mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit zwischen 80 und 98 Prozent. Gleichwohl lasst sich aber mit Bestimmtheit sagen, dass sie uberdurchschnittlich hoch war.

**Fortsetzung Tabelle 1.2: Beteiligung nach sozialen und politischen Merkmalen in Prozent der Stimmen-**  
**den**

<b>Merkmale/Kategorien</b>	<b>Stimmbeteiligung in %</b>	<b>N</b>	<b>Korrelations- koeffizient<sup>a</sup></b>
<b>Parteiverbundenheit</b>	<b>56</b>	<b>1502</b>	<b>V = .39***</b>
SP – Sozialdemokratische Partei	64	228	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	42	97	
FDP.Die Liberalen	54	159	
SVP – Schweizerische Volkspartei	51	209	
Grüne	(89)	44	
GLP – Grünliberale Partei	(78)	45	
BDP – Bürgerlich Demokratische Partei	(49)	43	
Keine Partei	67	334	
<b>Links-Rechts-Selbsteinschätzung</b>			<b>V = .25***</b>
Links aussen	59	150	
Links	77	217	
Mitte	55	493	
Rechts	62	253	
Rechts aussen	50	189	
Weiss nicht	32	176	
<b>Wertepreferenz Armee</b>			<b>V = .11***</b>
Starke Armee	53	696	
Gemischt	57	480	
Keine Armee	68	280	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Koeffizienten siehe Abschnitt 6 "Zur Methode".

Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.

© Universität Zürich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

### 1.3 Meinungsbildung

Am leichtesten fiel der Entscheid den Teilnehmenden zur Mindestlohn-Initiative und zum Gripen-Referendum: 78 bzw. 77 Prozent bekundeten keine grosse Muhe bei der Entscheidungsfindung. Auch die Padophilie-Initiative bereitete nur einer Minderheit Kopfzerbrechen (Anteil: Entscheid "eher schwer gefallen": 23%). Am schwierigsten wurde das Votum zur Hausarztvorlage empfunden. Fast ein Drittel der Teilnehmenden (32%) bekannte, sich bei dieser Vorlage nur muhevoll zu einem Entscheid durchgerungen zu haben. Das lag primar daran, dass der Inhalt der Vorlage kaum bekannt war. Wie später noch zu zeigen sein wird, wussten viele nicht, worum es bei dieser Sachfrage eigentlich ging. Dementsprechend fiel auch der Anteil derer, die sich erst kurz vor dem Abstimmungstermin entschieden, unter allen Vorlagen am höchsten aus.

**Tabelle 1.3: Entscheidzeitpunkt und Schwierigkeit der Meinungsbildung in Prozent der Stimmenden**

	medizinische Grundversorgung (in %)	Padophilie- Initiative (in %)	Mindestlohn- Initiative (in %)	Gripen (in %)
<b>Entscheidzeitpunkt<sup>a</sup></b>				
Von Anfang an klar	25	26	30	31
3. bis 6. Woche vor der Abstimmung	28	30	29	29
1. bis 2. Wochen vor der Abstimmung	35	32	32	29
Letzte Woche vor der Abstimmung	13	12	9	11
<b>Schwierigkeit der Entscheidung<sup>a</sup></b>				
Eher leicht	61	74	78	77
Eher schwierig	32	23	19	20
Weiss nicht, keine Antwort	8	3	3	3

<sup>a</sup> nur Teilnehmende (n = 843), gewichtet nach Entscheid zur jeweiligen Vorlage.

© Universität Zurich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

## **2. Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Ja zur Hausarztmedizin")**

### **2.1 Ausgangslage**

Unzufrieden mit der Forderung der Hausarztmedizin und besorgt darüber, dass sich ein Mangel an HausarztInnen abzeichnet, reichte der Berufsverband der Hausärzte 2010 die Initiative "Ja zur Hausarztmedizin" ein. Das Parlament, das mit der grundsätzlichen Stossrichtung des Begehrens einverstanden war, aber in einigen Punkten eine andere Position vertrat, arbeitete in der Folge einen direkten Gegenentwurf aus. Als der Bundesrat zudem ankündigte, die Tarife für die Hausärzte um jährlich 200 Millionen Franken anzuheben, wurde die Initiative zurückgezogen, womit das Stimmvolk nur noch über den Gegenvorschlag zu befinden hatte.

Dieser verpflichtet Bund und Kantone zu einer gezielten Forderung der Hausarztmedizin als Teil der medizinischen Grundversorgung. Erreicht werden soll dieses Ziel durch eine stärkere Beachtung der Hausarztmedizin bei der Aus- und Weiterbildung, die Einführung neuer Versorgungsmodelle und einer finanziellen Besserstellung der Hausärzte.

Mit Ausnahme der SVP sprachen sich alle Parteien für den neuen Verfassungsartikel gemäss Gegenvorschlag aus. Die SVP verzichtete indes auf eine Kampagne, weil andere Vorlagen Vorrang hatten. Ein eigentlicher Abstimmungskampf fand deshalb nicht statt. Bezeichnend dafür steht der Umstand, dass sich erst elf Tage vor der Abstimmung ein Nein-Komitee formierte. Dieses prangerte vor allem die durch eine Annahme der Initiative drohende "Verstaatlichung des Gesundheitswesens" an.

Der Verfassungsartikel wurde mit einem Ja-Stimmenanteil von 88.0 Prozent deutlich angenommen.

### **2.2 Das Profil der Stimmenden**

Bei einem derart klaren Ergebnis sind naturgemäss keine tiefen Konfliktgraben zu erwarten. Deshalb lautet das wichtigste Ergebnis der Analyse, dass sich in keiner relevanten Merkmalsgruppe eine ablehnende Mehrheit zum Verfassungsartikel fand. Beispielsweise stimmten alle Parteianhängerschaften der Vorlage mehrheitlich zu, allerdings fiel diese Mehrheit unterschiedlich hoch aus. Bei den SympathisantInnen der Parteien aus dem linken Spektrum (SP und Grüne) fand sich kaum jemand, der dagegen stimmte (96 bzw. 92 % Zustimmungsrate). Ähnlich hoch war die Zustimmung der CVP-AnhängerInnen, die der medizinischen Grundversorgung zu 98 Prozent beipflichteten. Nicht ganz so wuchtig, aber gleichwohl grossmehrheitlich fiel das Ja der FDP- und SVP-Wahlerschaft aus: 83 bzw. 80 Prozent von ihnen legten ein Ja in die Urnen. Im Falle der SVP-Anhängerschaft ist dies durchaus bemerkenswert: Die nationale Delegiertenversammlung der SVP hatte nämlich ein Nein empfohlen.

Von gewisser Bedeutung für den Entscheid war ausserdem das Regierungsvertrauen. Wer dem Bundesrat grundsätzlich vertraut, leistete der Regierungsempfehlung mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit (92% Ja-Stimmenanteil) auch Folge, während solche, die der

Landesregierung wenig Vertrauen schenken, der Vorlage "bloss" in etwa acht von zehn Fällen (81%) zustimmten. Der Umstand, dass solche, die beim Entscheid Muhe bekundeten oder sich erst spät entschieden, weniger häufig ein Ja einlegten, ist zumindest ein Indiz dafür, dass man im Zweifelsfalle auch ab und an Nein stimmte, während solche, die schon immer wussten, was sie auf den Stimmzettel schreiben wurden und die keine Entscheidungsschwierigkeiten bekundeten, fast unisono Ja stimmten.

**Tabelle 2.1: medizinische Grundversorgung – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden**

<b>Merkmale/Kategorien</b>	<b>% Ja<sup>a</sup></b>	<b>n</b>	<b>Korrelationskoeffizient<sup>a</sup></b>
<b>Total VOX (gewichtet)</b>	<b>88</b>	<b>989</b>	
<b>Parteiverbundenheit</b>			<b>V = .20**</b>
SP – Sozialdemokratische Partei	96	167	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	(98)	47	
FDP.Die Liberalen	83	110	
SVP – Schweizerische Volkspartei	80	123	
Grüne	92	51	
GLP – Grünliberale Partei	(90)	40	
BDP – Bürgerlich Demokratische Partei	(77)	31	
Keine Partei	86	256	
<b>Einordnung auf der Links-Rechts-Achse</b>			<b>V = .18***</b>
Links aussen	95	99	
Links	93	193	
Mitte	90	315	
Rechts	85	194	
Rechts aussen	75	119	
Weiss nicht	90	57	
<b>Regierungsvertrauen</b>			<b>V = .16***</b>
Vertrauen	92	503	
Gemischt	89	128	
Misstrauen	81	351	
<b>Wertvorstellung: Federalismus vs. Zentralismus</b>			<b>V = .19***</b>
Bund	90	255	
Gemischt	93	405	
Federalismus	78	274	

**Fortsetzung Tabelle 2.1: medizinische Grundversorgung – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmende**

Merkmale/Kategorien	% Ja <sup>a</sup>	n	Korrelationskoeffizient <sup>a</sup>
<b>Entscheidungsschwierigkeit</b>			<b>V = .16***</b>
Eher leicht	91	644	
Eher schwer	80	300	
<b>Entscheidzeitpunkt</b>			<b>V = .15***</b>
Von Beginn weg klar	95	244	
3-6 Wochen	89	282	
1-2 Wochen	87	336	
1-6 Tage	79	107	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Abschnitt 6 "Zur Methode".

Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Falle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.

© Universität Zurich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

Unter den gesellschaftlichen Variablen stechen zwei Merkmale hervor, die bis zu einem gewissen Grad miteinander verknüpft sind: Geschlecht und persönliche Bedeutung. Frauen legten signifikant häufiger ein Ja (91%) in die Stimmurnen als Männer (84%). Auch hier sei darauf hingewiesen, dass diese Differenz von sieben Prozent keinesfalls ausreicht, um von einem "Graben" oder dergleichen zu sprechen. Aber immerhin war das Geschlecht eine der wenigen soziodemographischen Merkmale, die signifikante Stimmverhaltensunterschiede hervorrufen. Das lag auch daran, dass Frauen die medizinische Grundversorgung für individuell bedeutsamer (6.7) erachteten als Männer (6.1). Die persönliche Bedeutungszuweisung wiederum war (auch multivariat) eine der bedeutsamsten Erwägungen, die zum Stimmentscheid führten. Wer dem Verfassungsartikel eine sehr hohe Bedeutung zumass, stimmte beinahe ausnahmslos (96%) Ja, während solche, die in der Vorlage keinerlei persönliche Betroffenheit zu erkennen vermochten, in unserer Stichprobe nur zu 55 Prozent<sup>7</sup> zustimmten. Dabei ist allerdings nicht ganz klar, welche Faktoren die persönliche Bedeutungszumessung prägen. Das Geschlecht spielte dabei eine gewisse Rolle ebenso wie das Alter. Je älter die Befragten, desto wichtiger stuften sie die medizinische Versorgung ein.<sup>8</sup> Wir vermuten deshalb, dass die persönliche Bedeutungszumessung mit der Angewiesenheit auf die medizinische Versorgung im Allgemeinen im Zusammenhang steht.

<sup>7</sup> Aufgrund der geringen Fallzahl (n = 31) darf dieser Wert bloss als Tendenz ausgelegt werden.

<sup>8</sup> Mittelwerte der persönlichen Bedeutungszumessung nach Alter: 18-29-Jährige: 4.9; 30-39-Jährige: 5.8; 40-49-Jährige: 5.9; 50-59-Jährige: 6.6; 60-69-Jährige: 6.7; über 70-Jährige: 7.3. Indes, das Alter hat keinen Zusammenhang mit dem Stimmentscheid.

**Tabelle 2.2: medizinische Grundversorgung – Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden**

Merkmale/Kategorien	% Ja <sup>a</sup>	n	Korrelationskoeffizient <sup>a</sup>
<b>Total VOX (gewichtet)</b>	<b>88</b>	<b>989</b>	
<b>Personliche Bedeutung</b>			<b>V = .25***</b>
Sehr gering	(55)	31	
Gering	81	126	
Mittel	81	163	
Hohe Bedeutung	92	482	
Sehr hohe Bedeutung	96	174	
<b>Geschlecht</b>			<b>V = .10**</b>
Männer	84	479	
Frauen	91	511	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Abschnitt 6 "Zur Methode".

Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.

© Universität Zurich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

## 2.3 Wahrnehmung

Die Vorlage zur medizinischen Grundversorgung stand im Schatten der anderen drei Vorlagen. Das Informiertheitsniveau war dementsprechend tief. Knapp ein Drittel aller Teilnehmenden (32%) wusste nicht, worum es im Kern ging. 88 Prozent von ihnen legte trotzdem ein Ja ein<sup>9</sup>. Knapp jede/r zweite Stimmende (46%) war der Ansicht, der Verfassungsartikel habe die Forderung der Hausärzte bzw. des Hausarztmodells zum Ziel. Weitere vier Prozent betonten die Rolle des Bundes bei der Gewährleistung der medizinischen Grundversorgung, während sechs Prozent die Vorlage primär mit höheren Löhnen für die Hausärzte verknüpften.

<sup>9</sup> Ein knappes Fünftel dieser Gruppe von Ja-Stimmenden (19%) gab an, Empfehlungen gefolgt zu sein.



**Tabelle 2.3: medizinische Grundversorgung – Wahrnehmung der Inhalte in Prozent der Stimmberechtigten (nur Erstnennungen)**

Wahrnehmung*	Total		Stimmende		Nichtstimmende	
	%	n	%	n	%	n
Forderung der Hausärzte/des Hausarztmodells	32	480	46	386	14	94
Hohere Löhne für Hausärzte	6	83	6	53	5	30
Zugang und Versorgung gewährleisten	4	64	7	55	1	9
Bund soll Grundversorgung gewährleisten	4	56	5	41	2	15
Allgemeines	1	11	1	7	1	3
Anderes, falsch	4	59	4	32	4	27
Weiss nicht/keine Antwort	50	757	32	269	73	480
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>1510</b>	<b>100</b>	<b>843</b>	<b>100</b>	<b>658</b>

\* Die Aussagen wurden nach Teilnahme gewichtet. Aufgrund der Gewichtung und der Rundung entspricht das Total nicht immer der Summe aller ausgewiesenen Werte.

© Universität Zürich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2013.

## 2.4 Die Stimmotive

Die geringe Informiertheit der Stimmenden spiegelt sich auch in den Motivangaben wider. Neun Prozent der BefürworterInnen wussten nicht (mehr), weshalb sie dem Verfassungsartikel zugestimmt haben. Weitere neun Prozent gaben auf die Motivfrage eine sehr allgemeine Antwort<sup>10</sup>, die darauf schliessen lässt, dass der Inhalt der Vorlage kaum bekannt war. Nochmals neun Prozent gaben an, eine Empfehlung – zumeist handelte es sich um diejenige des Bundesrates – befolgt zu haben. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Antwort eines Befragten, der angab, Ja gestimmt zu haben, weil ohnehin alle dafür gewesen seien. Zwei Prozent verwiesen schliesslich auf Inhalte, die mit der vorliegenden Sachfrage nichts zu tun haben, etwa die Einführung einer Einheitskrankenkasse oder die freie Wahl des Hausarztes. In der Summe ergibt dies 29 Prozent der Ja-Stimmenden, die kein (zutreffendes) inhaltliches Motiv anzugeben vermochten. Indes, eine Mehrheit gab eine inhaltsbezogene Begründung für ihren Entscheid an. Ein Drittel legte Ja ein, weil sie damit die Branche der Hausärzte fördern wollte. 17 Prozent sahen im eigenen Entscheid ein Votum zugunsten der Gewährleistung einer medizinischen Grundversorgung. Zwölf Prozent wiederum sorgten sich um eine flächendeckende Grundversorgung, während vier Prozent meinten, die Vorlage würde der Besserstellung von Spital- und Spezialärzten einen Riegel vorschieben. Zuletzt antworteten sechs Prozent der Ja-Stimmenden lapidar, sie seien persönlich davon betroffen, d.h. selbst Arzt/Ärztin oder chronisch krank.

Die Nein-Stimmenden waren ebenfalls nicht sonderlich gut informiert, denn auch unter ihnen gab es eine beträchtliche Zahl, die kein inhaltliches Motiv anzugeben wusste. 16 Prozent konnten keinen Stimmgrund angeben, vier Prozent bezogen ihren Entscheid ganz offenkundig auf eine andere Sachfrage und fünf Prozent setzten Empfehlungen um, ohne sich um den Vorlageninhalt zu kümmern. Drei Prozent machten zudem eine sehr generelle Bemerkung. Inhaltliche Motive wurden jedoch auch genannt. 22 Prozent folgten dem Argument des Gegenkomitees und wehrten sich gegen die "Verstaatlichung des Gesundheitswesens". 17 Prozent sagten, sie würden nicht einsehen, weshalb Hausärzte bevorzugt behandelt werden mussten und weitere 17 Prozent sind zufrieden mit dem Status Quo und sahen deshalb keinen Grund für Änderungen.

<sup>10</sup> Beispielsweise Antworten wie „normal“ oder „ist eine gute Sache“.

**Tabelle 2.4: medizinische Grundversorgung – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)**

Spontan geausserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen		alle Nennungen	
	%	n	%	n
<b>JA-Stimmende</b>				
Forderung der Hausärzte	33	286	45	392
Sicherstellung Grundversorgung, Hausarztmangel vorbeugen	17	144	25	214
Flachendeckende Grundversorgung	12	102	15	134
Personliche Gründe (z.B. "bin selbst Arzt, Krankenschwester")	6	50	7	61
Gegen Besserstellung von Spital- oder Spezialärzten	4	34	8	69
Anderes	1	10	4	34
Empfehlungen	9	75	10	87
allgemeine Aussagen	9	81	10	89
Falsche Antworten (z.B. "es braucht eine Einheitskrankenkasse")	2	15	2	21
Weiss nicht/keine Antwort	9	74	71	613
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>871</b>	<b>197</b>	<b>1714</b>
<b>NEIN-Stimmende</b>				
Gegen Verstaatlichung/ für Wettbewerb	22	26	28	33
Gegen Bevorzugung von Hausärzten	17	20	22	26
Jetziges System funktioniert	17	20	18	22
Gegen noch mehr Geld für die Gesundheitsversorgung	12	14	16	19
Allgemeines	3	3	5	6
Anderes	6	6	9	11
Empfehlungen	5	6	5	6
Falsche Antwort	4	5	4	5
Weiss nicht/keine Antwort	16	19	84	101
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>119</b>	<b>191</b>	<b>229</b>

© Universität Zurich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014. Aufgrund der Gewichtung und der Rundung entspricht das Total nicht immer der Summe aller ausgewiesenen Werte.

## 2.5 Pro- und Kontra-Argumente

Die Hausärzte geniessen in der Schweiz grosse Sympathien: Etwa neun von zehn Befragten pflichteten dem Argument bei, wonach der Bund sicherstellen soll, dass Hausarzt ein rentabler und attraktiver Beruf bleibt. Zwar fehlen uns ähnliche Auswertungen zu anderen Berufen, aber es ist nur schwer vorstellbar, dass andere Berufsgattungen vergleichbar hohe Zustimmungswerte erhielten. Für eine Vorlage, welche die Forderung der Hausärzte zum Ziel hat, bedeutet dies, dass man im Prinzip mit einem breiten Sukkurs im Stimmvolk rechnen darf. Wenn der Vorlage ausserdem, wie im vorliegenden Fall, keine nennenswerte Opposition erwacht, ist ein Abstimmungserfolg so gut wie garantiert.

Hinzu kommt, dass auch dem zweiten Pro-Argument grossmehrheitlich zugestimmt wurde. 85 Prozent aller Befragten teilten die Auffassung der Befürworter, wonach sich der Hausarztmangel bereits heute bemerkbar mache, weshalb gehandelt werden müsse.

Selbst eine knappe Mehrheit der Nein-Stimmenden (55%) hielt diese Aussage für richtig. Die Tatsache, dass sie trotzdem Nein stimmten, rechnen wir dem Umstand zu, dass viele schlicht nicht wussten, worum es genau ging.

Die beiden von uns getesteten Kontra-Argumente erhielten deutlich weniger Zuspruch. Das Argument, wonach der Verfassungsartikel eine staatliche Planwirtschaft in der ambulanten Gesundheitsversorgung einführe, wurde von etwa der Hälfte der Befragten (49%) bekräftigt. 14 Prozent hingegen wussten nicht so recht, was sie mit dieser Aussage anfangen sollen und verweigerten eine substantielle Aussage. Der Umstand, dass das Antwortverhalten von Ja- und Nein-Stimmenden praktisch gleich ausfiel, deutet zudem darauf hin, dass vielen unklar war, worin die inhaltliche Verknüpfung dieser Aussage zur Vorlage eigentlich bestand. Das Status Quo-Argument, wonach das jetzige System bestens funktioniere und demnach auch nicht geändert werden müsse, stiess auf noch geringere Unterstützung. Bloss ein Drittel der Befragten glaubt, dass im Schweizer Gesundheitssystem kein Handlungsbedarf bestehe. Hier aber ist unklar, was die Befragten im Sinn hatten, als sie nach dem Zustand des Schweizer Gesundheitssystems gefragt wurden. Die vielen, inhaltlich falschen Angaben bei der Motivfrage – etwa Verweise auf Krankenkassenprämien und die Einheitskrankenkasse – deuten darauf hin, dass das Gesundheitssystem vielen Sorgen bereitet. Indes, die genannten "Sorgenkinder" (Gesundheitskosten, Prämien) hatten nichts mit der vorgelegten Sachfrage zu tun.

**Tabelle 2.5: medizinische Grundversorgung – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent**

		einverstanden (%)	nicht einverstanden (%)	weiss nicht (%)
<b>Pro-Argumente</b>				
Der Bund muss sicherstellen, dass "Hausarzt" ein rentabler und attraktiver Beruf bleibt.	Total	91	7	2
	Ja	95	3	2
	Nein	66	33	2
Der Hausarztmangel macht sich bereits heute bemerkbar, es muss gehandelt werden.	Total	85	8	6
	Ja	90	5	5
	Nein	55	31	14
<b>Kontra-Argumente</b>				
Mit dem neuen Verfassungsartikel wird eine staatliche Planwirtschaft in der ambulanten Gesundheitsversorgung eingeführt.	Total	49	37	14
	Ja	48	38	14
	Nein	56	30	14
Das Schweizer Gesundheitssystem funktioniert bestens, es gibt keinen Grund etwas zu ändern.	Total	33	64	4
	Ja	30	67	3
	Nein	50	44	6

Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 91% aller Stimmenden (95% der Ja-Stimmenden; 66% der Nein-Stimmenden) pflichteten dem ersten Argument bei, 7% (3% der Ja-Stimmenden und 33% der Nein-Stimmenden) lehnten es ab und 2% (2%; 2%) konnten sich nicht entscheiden.

Gesamtheit der antwortenden Stimmenden = 989 (gewichtet).

© Universität Zurich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

### **3. Volksinitiative "Padophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen"**

#### **3.1 Ausgangslage**

Die Initiative "Padophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen" (Padophilie-Initiative) verlangte, dass Personen, die verurteilt werden, weil sie die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben, endgültig das Recht verlieren, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben. Die InitiantInnen des Vereins "Marche Blanche", die bereits im Jahr 2006 die Unverjährbarkeitsinitiative lanciert hatten, betonten speziell den ungenügenden Schutz von Kindern und Jugendlichen, der mit der Initiative verbessert werden sollte. Obwohl alle grossen Parteien ausser der SVP die Nein-Parole ausgegeben hatten, formierte sich das Gegenkomitee unter der Leitung von FDP-Nationalrat Andrea Caroni relativ spät. An dem sensiblen Thema wollte sich offensichtlich keine Partei die Finger verbrennen. Das Parlament gab keine Abstimmungsempfehlung ab, da der Nationalrat sich für die Initiative, der Ständerat jedoch dagegen ausgesprochen hatte.

Die Initiative verfolgte ein ähnliches Ziel wie das bereits vom Bundesrat und Parlament beschlossene Padophilie-Gesetz (Verschärfung des Strafrechts). Der Bundesrat und das Nein-Komitee betonten deshalb, dass die Initiative unnötig und unvollständig sei. Des Weiteren wurde vorgebracht, dass die Initiative rechtsstaatliche Prinzipien verletze, da sie – im Gegensatz zum Gesetz – ein automatisches Berufsverbot unabhängig von der Schwere und Art des Vergehens vorsehe. Das Gegenkomitee versuchte ausserdem mit dem Argument, dass auch Beziehungen von jungen Erwachsenen mit Minderjährigen unter das lebenslangliche Berufsverbot fallen könnten, das Stimmvolk zu einem Nein zu bewegen.

Die Argumente des Gegenkomitees schienen jedoch auf wenig Anklang zu stossen, und der Verfassungsartikel wurde mit 63.5 Prozent angenommen.

#### **3.2 Das Profil der Stimmenden**

Das deutliche Ja ist insofern bemerkenswert, als dass alle grossen Parteien ausser der SVP ein Nein empfohlen hatten. In der Analyse zeigt sich ein klarer Konfliktgraben zwischen Links und Rechts. So unterstützten die AnhängerInnen der bürgerlichen Parteien die Vorlage, während eine Mehrheit der SympathisantInnen linker Parteien die Initiative ablehnte. Besonders hoch war die Zustimmung bei den SVP- und CVP-Wählenden (83 bzw. 72% Zustimmungsraten im Sample). Etwas weniger deutlich fiel die Unterstützung der FDP-AnhängerInnen aus, von denen 59 Prozent entgegen der Parteiempfehlung ein Ja einlegten. In starkem Gegensatz zum bürgerlichen Ja steht die vergleichsweise tiefe Zustimmungsraten der SympathisantInnen der SP und der Grünen (41 bzw. 39%). Das deutliche Gefälle zwischen dem linken und dem rechten Spektrum wird auch sichtbar, wenn wir die Zustimmungsraten anhand der ideologischen Selbsteinschätzung vergleichen. Nur gerade 42 Prozent der Befragten, die sich auf der linken Seite des politischen Spektrums sehen, gaben an, der Vorlage zugestimmt zu haben, während bei den Befragten, die sich rechts der Mitte einstufen, die Zustimmung bei 69 bzw. 83 Prozent liegt.

Der Entscheidzeitpunkt spielte offenbar keine massgebliche Rolle für den Stimmentcheid. Früh Entschlossene legten in etwa ähnlich häufig ein Ja ein, wie diejenigen, die sich später eine Meinung bildeten.

**Tabelle 3.1: Padophilie-Initiative – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden**

Merkmale/Kategorien	% Ja <sup>a</sup>	n	Korrelationskoeffizient <sup>a</sup>
<b>Total VOX (gewichtet)</b>	<b>62.8</b>	<b>1063</b>	
<b>Parteiverbundenheit</b>			<b>V = .33***</b>
SP – Sozialdemokratische Partei	41	175	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	72	54	
FDP.Die Liberalen	59	107	
SVP – Schweizerische Volkspartei	83	145	
Grüne	39	51	
GLP – Grünliberale Partei	(33)	39	
BDP – Bürgerlich Demokratische Partei	(60)	30	
keine Partei	71	286	
<b>Einordnung auf der Links-Rechts-Achse</b>			<b>V = .31***</b>
Links aussen	42	99	
Links	42	204	
Mitte	66	349	
Rechts	69	199	
Rechts aussen	83	133	
Weiss nicht	77	67	
<b>Wertvorstellung: Betonung Ruhe und Ordnung</b>			<b>V = .21***</b>
Schwache Betonung	42	76	
Gemischt	54	349	
Starke Betonung	71	621	
<b>Entscheidungsschwierigkeit</b>			<b>V = .11***</b>
Eher leicht	66	812	
Eher schwierig	51	224	
<b>Entscheidzeitpunkt</b>			<b>V = .11**</b>
Von Beginn weg klar	69	280	
3-6 Wochen	56	325	
1-2 Wochen	64	331	
Letzte Woche	64	115	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Abschnitt 6 "Zur Methode".

Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter fünfzig liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.

© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

Das Geschlecht war für den Stimmentcheid nicht relevant. Frauen und Männer haben der Initiative in ähnlichem Masse zugestimmt (61 bzw. 64%). Auch andere gesellschaftliche Variablen, wie die Anzahl Kinder oder der Zivilstand, haben nicht wesentlich zum Stimmentcheid beigetragen.

Sehr wichtig für den Entscheid war hingegen die persönliche Bedeutung der Vorlage. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass 67 Prozent der Stimmenden der Vorlage eine hohe oder sehr hohe persönliche Bedeutung zuschreiben. Die persönliche Bedeutung ergibt sich zudem nicht alleine durch eigene Kinder im Haushalt – auch Befragte ohne Kinder haben der Vorlage eine hohe Bedeutung zugewiesen und ihr deutlich zugestimmt. Allerdings messen speziell jüngere Frauen (18-39 Jahre) der Vorlage eine deutlich höhere persönliche Bedeutung zu als Männer der gleichen Altersklasse.<sup>11</sup> Vermutlich lässt sich dadurch auch die um einiges höhere Zustimmung (71%) der 18 bis 39-Jährigen Frauen im Vergleich zu den Männern in derselben Altersgruppe (59%) erklären. Dieser Unterschied ist jedoch nicht statistisch signifikant und deshalb mit Vorsicht zu interpretieren.

**Tabelle 3.2: Padophilie-Initiative – Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden**

Merkmale/Kategorien	% Ja <sup>a</sup>	N	Korrelationskoeffizient <sup>a</sup>
<b>Total VOX (gewichtet)</b>	<b>62.8</b>	<b>1063</b>	
<b>Personliche Bedeutung</b>			<b>V = .46***</b>
Sehr gering	19	52	
Gering	26	137	
Mittel	45	132	
Hohe Bedeutung	66	394	
Sehr hohe Bedeutung	88	335	
<b>Geschlecht</b>			<b>n.s.</b>
Mann	61	490	
Frau	64	573	
<b>Anzahl Kinder</b>			<b>n.s.</b>
Keine Kinder	62	640	
Ein Kind	69	99	
Zwei oder mehr Kinder	65	304	
<b>Alter</b>			<b>n.s.</b>
18 bis 39 Jahre: Frauen (Männer)	71 (59)	126 (93)	
40 bis 59 Jahre: Frauen (Männer)	60 (58)	207 (178)	
Über 60 Jahre: Frauen (Männer)	64 (65)	240 (218)	

<sup>11</sup> Anteile aller Befragten, die der Vorlage eine „hohe“ oder „sehr hohe“ Bedeutung zumessen: 18-39 Jahre: Frauen: 72%; Männer: 52%. 40-59 Jahre: Frauen: 71%; Männer: 62%. über 60 Jahre: Frauen: 73%; Männer: 65%.

**Fortsetzung Tabelle 3.2: Padophilie-Initiative – Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden**

			<b>V = .22***</b>
<b>Bildung</b>			
Hohes Bildungsniveau	55	661	
Mittleres Bildungsniveau	75	356	
Tiefes Bildungsniveau	(76)	46	
<b>Siedlungsart</b>			<b>V = .10**</b>
Landliche Gemeinden	68	276	
Kleine und mittlere Agglomerationen	64	409	
Grosse Agglomerationen/Stadte	57	377	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Abschnitt 6 "Zur Methode".

Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Falle unter funfzig liegt und deshalb keine statistischen Schlusse zulässt.

© Universitat Zurich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenossischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

### 3.3 Wahrnehmung

Die Befragten waren sehr gut über den Inhalt der Vorlage informiert, was wohl vor allem am aussagekräftigen Titel liegt. Nur sieben Prozent der Stimmenden konnten die Frage nach dem Vorlageninhalt nicht beantworten und selbst unter den Befragten, die nicht an der Abstimmung teilgenommen hatten, konnten über funfzig Prozent eine korrekte Angabe über den Inhalt der Vorlage machen.

**Tabelle 3.3: Padophilie-Initiative – Wahrnehmung der Inhalte in Prozent der Stimmberechtigten (nur Erstnennungen)**

Wahrnehmung*	Total		Stimmende		Nichtstimmende	
	%	n	%	N	%	n
(Lebenslanges) Arbeits-Berufsverbot für Padophile/verurteilte Sexualstraftäter	70	1051	84	709	52	340
Gesetz vom Bund besser (weitreichender, schützt besser/Initiative zu strikt)	2	34	3	24	1	9
Gesetz vom Bund nicht ausreichend	2	30	2	18	2	11
Allgemeines, Anderes	5	73	4	35	5	36
Weiss nicht / keine Antwort	21	323	7	56	40	261
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>1510</b>	<b>100</b>	<b>843</b>	<b>100</b>	<b>658</b>

\* Die Aussagen wurden nach Teilnahme gewichtet. Aufgrund der Gewichtung und der Rundung entspricht das Total nicht immer der Summe aller ausgewiesenen Werte.

© Universitat Zurich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenossischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

### 3.4 Die Stimmotive

Die Auswertung der Stimmotive weist darauf hin, dass die Befragten gut über die Abstimmung Bescheid wussten. Sie gaben im Wesentlichen die Argumente des Initiativkomitees bzw. der Gegenkampagne wieder. Nur vier (Ja-Stimmende) bzw. zwei Prozent (Nein-Stimmende) der Befragten, konnten nicht genau sagen, was sie zu ihrem Entscheid bewogen hatte. Je ein Prozent war den Empfehlungen von Bund, Parteien, Verbänden oder Bekannten gefolgt.

Knapp dreissig Prozent der Ja-Stimmenden (29%) unterstützen ein Arbeitsverbot für Paedophile bzw. verurteilte Sexualstraftäter grundsätzlich. Zwanzig Prozent der Ja-Stimmenden sind der Meinung, dass Paedophilie nicht heilbar ist, und weitere 16 Prozent hiessen die Vorlage gut, weil sie in ihren Augen den Schutz der Kinder und Jugendlichen erhöht – ein Argument, auf dem das Initiativkomitee seine Kampagne hauptsächlich abgestützt hatte. Zehn Prozent der Ja-Stimmenden fanden, dass die Initiative besser als das vom Bund verabschiedete Paedophilie-Gesetz sei, besonders weil sie starker durchgreife und Paedophile starker bestrafe. Weitere acht Prozent schliesslich gaben persönliche Gründe für den Entscheid an, z.B. weil sie eigene Kinder oder Enkelkinder haben oder Betroffene kennen.

Dass die Gegenargumente des Bundesrates und des Gegenkomitees zumindest teilweise verfangen, zeigt sich bei den Motiven derjenigen, die ein Nein eingelegt haben. 35 Prozent argumentierten, dass die Initiative zu weit gehe und unverhältnismässig sei. Weitere 27 Prozent fanden, dass das vom Parlament verabschiedete Paedophilie-Gesetz ausreichenden oder sogar besseren Schutz biete als die Initiative von Marche Blanche. Ein weiteres prominentes Argument der Gegenkampagne, nämlich, dass die Initiative auch Jugendlieben bestrafe, hatte 17 Prozent zu einem Nein bewogen.

**Tabelle 3.4: Paedophilie-Initiative – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)**

Spontan geausserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen		alle Nennungen	
	%	n	%	n
<b>JA-Stimmende</b>				
Für Arbeits-/Berufsverbot von Paedophilen	29	194	17	232
Paedophilie ist nicht heilbar	20	134	14	187
Kinder/Jugendliche müssen geschützt werden	16	110	12	165
Initiative besser als bestehendes Gesetz (Gesetz greift zu wenig durch / andere Gründe)	10	65	7	94
Persönliche Gründe (hat selbst Kinder/Enkelkinder/kennt Betroffene/andere Gründe)	8	56	6	81
Empfehlungen	1	7	1	9
Anderes, Allgemeines	10	73	8	107
Weiss nicht/keine Antwort	4	28	35	473
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>667</b>	<b>100</b>	<b>1348</b>



**Fortsetzung Tabelle 3.4: Padophilie-Initiative – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)**

Spontan geausserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen		alle Nennungen	
	%	n	%	n
<b>NEIN-Stimmende</b>				
Initiative überzeugt inhaltlich nicht/geht zu weit/ ist unverhältnismässig	35	137	25	207
Padophilie-Gesetz vom Bund gefällt besser (ist ausreichend/schützt Jugendliche besser)	27	108	17	142
Gegen Bestrafung von "Jugendlieben"	17	67	13	103
Empfehlungen	1	5	1	6
Anderes, Allgemeines	17	69	13	103
Weiss nicht/keine Antwort	2	8	31	254
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>395</b>	<b>100</b>	<b>815</b>

© Universität Zurich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014. Aufgrund der Gewichtung und der Rundung entspricht das Total nicht immer der Summe aller ausgewiesenen Werte.

### 3.5 Pro- und Kontra-Argumente

Die Stimmenden waren sich grundsätzlich einig, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen höchste Priorität hat. 96 Prozent der Ja-Stimmenden und 85 Prozent der Nein-Stimmenden waren mit diesem Argument des Initiativkomitees einverstanden. Ein weiteres Argument der Pro-Kampagne, dass Padophilie nicht heilbar sei, und verurteilte Padophile deshalb als potentielle Wiederholungstäter von Kindern ferngehalten werden müssen, wurde auch von einer Mehrheit der Nein-Stimmenden (59%) unterstützt – der Anteil ist jedoch um einiges tiefer als unter den Ja-Stimmenden (95%). Dass die Details der Rechtssetzung wohl weniger interessierten als das Prinzip des möglichst umfassenden Schutzes von Kindern und Jugendlichen, zeigt die Auswertung des dritten Pro-Arguments. Lediglich 44 Prozent der Ja-Stimmenden hielt die Aussage für richtig, dass sexuelle Übergriffe lediglich durch Androhung harter Strafen verhindert werden können (Nein-Stimmende: 21%).

Auch die Auswertung der von uns getesteten Kontra-Argumente zeigt ein widersprüchliches Bild, was wohl darauf zurückzuführen ist, dass die Befragten Mühe hatten, zwischen Padophilie-Initiative und dem vom Bund verabschiedeten Padophilie-Gesetz zu unterscheiden. Ausserdem lassen die Resultate vermuten, dass sich vor allem die GegnerInnen mit den Kontra-Argumenten auseinandergesetzt haben, während die BefürworterInnen sich weniger für mögliche Vorteile des bestehenden Padophilie-Gesetzes interessierten. Nur so lässt sich wohl erklären, warum 44 Prozent der Ja-Stimmenden mit dem Argument einverstanden waren, dass das Gesetz *besser* sei, weil es nach der Schwere der Vorfälle unterscheidet (GegnerInnen: 71%). Die Tatsache, dass 68 Prozent der Ja-Stimmenden dem Kontra-Argument beipflichteten, dass das Gesetz *besser* sei, weil es Padophilen auch den Aufenthalt auf Pausenplätzen und Schwimmbädern verbiete, lässt sich wohl auf dasselbe Phänomen zurückführen: Vielen Befragten war offenbar nicht klar, dass es neben der vorgelegten Initiative auch einen "indirekten" Gegenvorschlag in der Form eines Gesetzes gab.

Schliesslich zeigt die Auswertung des dritten Kontra-Arguments, dass die BefürworterInnen wohl nicht an mögliche unbeabsichtigte Konsequenzen der Initiative glaubten.

Denn ganze 78 Prozent der Ja-Stimmenden stimmten der Aussage zu, dass Jugendliche, die mit Minderjährigen eine einvernehmliche Liebesbeziehung eingehen, nicht lebenslanglich benachteiligt werden sollten (Nein-Stimmende: 93%). Dieses Prinzip wurde demnach nicht einmal von den BefürworterInnen des Begehrens bestritten, aber ihnen ging vermutlich der Schutz des Kindes über alles, denn sie legten letztlich ein Ja in die Urne.

**Tabelle 3.5: Padophilie-Initiative – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent**

		einverstanden (%)	nicht einverstanden (%)	weiss nicht (%)
<b>Pro-Argumente</b>				
	Total	92	5	3
Der Schutz des Kindes steht über allem.	Ja	96	1	3
	Nein	85	10	4
Padophilie ist nicht heilbar, daher müssen verurteilte Padophile als potenzielle Wiederholungs-täter von Kindern ferngehalten werden.	Total	82	13	6
	Ja	95	2	3
	Nein	59	31	10
Sexuelle Übergriffe können lediglich durch Androhung harter Strafen verhindert werden.	Total	35	58	7
	Ja	44	49	7
	Nein	21	72	7
<b>Kontra-Argumente</b>				
Das vor kurzem verabschiedete Padophilie-Gesetz verfolgt dasselbe Ziel. Es unterscheidet allerdings nach der Schwere der Vorfälle und ist daher besser.	Total	54	35	11
	Ja	44	42	13
	Nein	71	21	8
Weil das kurzlich verabschiedete Padophilie-Gesetz verurteilten Padophilen auch den Aufenthalt auf Pausenplätzen, Schwimmbadern usw. verbietet, schützt es Kinder und Abhängige besser.	Total	61	29	10
	Ja	68	21	11
	Nein	49	42	9
Jugendliche, die mit Minderjährigen eine einvernehmliche Liebesbeziehung eingehen, sollten nicht lebenslanglich benachteiligt werden.	Total	84	10	6
	Ja	78	13	9
	Nein	93	5	2

Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 92% aller Stimmenden (96% der Ja-Stimmenden; 85% der Nein-Stimmenden) pflichteten dem ersten Argument bei, 5% (1% der Ja-Stimmenden und 10% der Nein-Stimmenden) lehnten es ab und 3% (3%; 4%) konnten sich nicht entscheiden.

Gesamtheit der antwortenden Stimmenden = 1063 (gewichtet).

© Universität Zurich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

## 4. Volksinitiative "Für den Schutz fairer Löhne"

### 4.1 Ausgangslage

Die Volksinitiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) "Für den Schutz fairer Löhne" (nachfolgend: Mindestlohn-Initiative) verlangte, dass ein nationaler gesetzlicher Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde festgelegt wird. Dies entspricht rund 4'000 Franken monatlich. Weiter verlangte die Mindestlohn-Initiative, dass Bund und Kantone Gesamtarbeitsverträge mit Mindestlöhnen fordern.

Die parlamentarische Behandlung der im Januar 2012 eingereichten Initiative fand im Dezember 2013 statt. Der Nationalrat hat die Volksinitiative mit 137 zu 56 Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Ablehnung empfohlen, der Ständerat mit 29 zu 12 Stimmen ohne Enthaltungen. Der Graben im Parlament verlief exakt zwischen den Fraktionen und es zeichnete sich schon früh ein klassischer Links-Rechts-Konflikt ab. Für die Initiative waren die SP-Fraktion und die GPS, dagegen alle anderen Parlamentsgruppierungen.

Die Parolenfassung widerspiegelt dieses Konfliktmuster weitgehend. Nur die SP und die GPS sprachen sich für die Vorlage aus, während die Mitte- und Rechtsparteien allesamt Ablehnung empfahlen. Die kantonalen Sektionen folgten den Empfehlungen der nationalen Mutterorganisationen ausserdem ausnahmslos. Die klassische Konfliktlinie zwischen Links und Rechts wurde somit nicht wie bei der Abzockerinitiative durch Abweichler in beiden Lagern verwischt. Auffallend ist die grosse Anzahl der Verbände, die sich zur Vorlage ausserten – besonders auch solche, die klassische Niedriglohnbranchen wie das Gastgewerbe oder die Textilindustrie repräsentieren. Nicht überraschend sprachen sich die Arbeitgeberverbände im Allgemeinen dagegen und die Arbeitnehmerverbände dafür aus. In Opposition zum Anliegen standen zudem auch die Behörden auf nationaler und kantonaler Ebene.

Der Abstimmungskampf zur Mindestlohn-Initiative wurde durchaus kontrovers und sichtbar geführt. Sowohl die BefürworterInnen als auch die GegnerInnen waren mit Strassenplakaten und Zeitungsinseraten präsent. Allerdings schien der Abstimmungskampf zu dieser Vorlage, besonders in den letzten Wochen, bezüglich der Intensität eher etwas im Schatten der Debatte über die Beschaffung des Gripens zu stehen. Dies hängt wohl damit zusammen, dass das weitgehend voraussehbare Nein die Kampagne geschwächt hat.

Die Mindestlohn-Initiative scheiterte letztlich klar. Nur knapp ein Viertel (23.7%) sprach sich an der Urne zugunsten der Vorlage aus. Dies ist selbst im Vergleich zur 1:12-Initiative (Zustimmung von 34.7%) ein ausserordentlich tiefer Zustimmungswert. Die höchste Zustimmung erhielt die Initiative im Kanton Basel-Stadt, wo 37.7 Prozent der Stimmenden ein Ja einlegten.

## 4.2 Das Profil der Stimmenden

Der Graben zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen der Initiative verlief ziemlich genau zwischen Links und Mitte-Rechts und war tief. Im Vergleich zur 1:12-Initiative erreichte die Mindestlohn-Initiative jedoch innerhalb des linken Lagers eine deutlich tiefere Zustimmungsquote: Nur gerade diejenigen, die sich am linken, äusseren Rand des politischen Spektrums einstuften, legten in unserem Sample mehrheitlich ein Ja (61%) in die Urnen. Das gemässigt linke Lager hingegen verwarf in ihrer Mehrheit (60%) das Begehren des SGB. Ausserhalb des linken Lagers wurde die Initiative wuchtig verworfen (Mitte: 84%, rechts: 94%, rechtsausen: 83%).

Der klassische Links-Rechts-Konflikt widerspiegelt sich auch in der Entscheidung der verschiedenen Parteigefolgschaften. Die SympathisantInnen der Parteien aus dem linken Spektrum sagten mehrheitlich Ja zum Mindestlohn: Die AnhängerInnen der Grünen mit einer Mehrheit von 70 Prozent, diejenigen der SPS mit 55 Prozent. Die Unterstützung für das Begehren hielt sich demnach selbst im linken Lager in Grenzen.<sup>12</sup>

Die WählerInnen der bürgerlichen Mitte-Parteien CVP, GLP, FDP, Die Liberalen und BDP hingegen verwarfen die Initiative deutlich mit Nein-Mehrheiten zwischen 95 (FDP, Die Liberalen) und 82 Prozent (GLP)<sup>13</sup>. Auch bei der SVP-Gefolgschaft fiel die Initiative klar durch. 93 Prozent von ihnen legten ein Nein in die Urnen. Im Vergleich zur 1:12-Initiative zeigt sich, dass die Zustimmung innerhalb des linken Lagers tiefer, die Ablehnungsquote des Mitte-Rechts-Lagers jedoch viel höher war. Dabei unterschied sich besonders das Stimmverhalten der SVP-SympathisantInnen stark. Bei der Abstimmung vom November 2013 stimmten diese der 1:12-Initiative immerhin mit rund 29 Prozent zu, nun aber hiessen sie das Begehren des SGB mit nur gerade fünf Prozent gut.<sup>14</sup>

Von Bedeutung war ausserdem die Haltung zur Frage der Einkommensnivellierung. Wer sich eine Schweiz mit grossen Einkommensunterschieden wünscht, lehnte den Mindestlohn grossmehrheitlich ab (90%). Stimmende, die für eine Schweiz mit nur geringen oder gar keinen Lohnunterschieden einstehen, sagten überraschenderweise nicht mal zur Hälfte (43%) Ja zum Mindestlohn. Auch die Haltung zur Frage der Deregulierung floss in das Entscheidungskalkül mit ein – allerdings nicht sonderlich stark. Wer das Modell einer möglichst deregulierten Wirtschaft bevorzugt, verwarf das Begehren mit grosser Wahrscheinlichkeit (87%). Befürwortende eines starken Staates, der auch in wirtschaftliche Belange eingreift, stimmten wiederum überraschenderweise nur fast zur Hälfte (48%) für die Mindestlohn-Initiative. Offensichtlich erreichte die Mindestlohn-Initiative nicht einmal bei denjenigen Personen eine Mehrheit, die für staatliche Regulierungen und eine gewisse Einkommensnivellierung grundsätzlich empfänglich sind.

---

<sup>12</sup> Aufgrund der Knappheit des Ergebnisses bei der SP-Gefolgschaft sind statistisch verlässliche Aussagen zum Mehrheitsverhältnis nicht möglich. Das 95%-Konfidenzintervall für den Ja-Anteil bewegt sich zwischen 48 und 62 Prozent. Aber auf jeden Fall kann *keinesfalls* von einer *starken* Unterstützung der SP-WählerInnen für die Initiative die Rede sein. Der Stichprobenfehler für den Ja-Stimmenanteil der WählerInnen der Grünen wiederum beträgt +/- 12.9 Prozentpunkte.

<sup>13</sup> Der Vollständigkeit halber sei hier auch der Stichprobenfehler für den Ja-Stimmenanteil der GLP angegeben: Er beträgt 11.3 Prozentpunkte.

<sup>14</sup> Bei der Abstimmung vom März 2013 stimmten die SVP-SympathisantInnen gar mit 72 Prozent für die Abzockerinitiative.

**Tabelle 4.1: Mindestlohn-Initiative – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden**

Merkmale/Kategorien	% Ja <sup>a</sup>	n	Korrelationskoeffizient <sup>a</sup>
<b>Total VOX (gewichtet)</b>	<b>23.5</b>	<b>1'076</b>	
<b>Parteiverbundenheit</b>			<b>V = .46***</b>
SP – Sozialdemokratische Partei	55	178	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	11	54	
FDP.Die Liberalen	5	115	
SVP – Schweizerische Volkspartei	7	145	
Grüne	(70)	48	
GLP – Grünliberale Partei	(18)	44	
BDP – Bürgerlich Demokratische Partei	(7)	31	
Keine Partei	17	280	
<b>Einordnung auf der Links-Rechts-Achse</b>			<b>V = .41***</b>
Links aussen	61	106	
Links	40	204	
Mitte	16	354	
Rechts	6	208	
Rechts aussen	17	128	
Weiss nicht	19	65	
<b>Wertvorstellung: Einkommensunterschiede</b>			<b>V = .30***</b>
Grosse Einkommensunterschiede	10	185	
Gemischt	18	560	
Kleine bzw. keine Einkommensunterschiede	43	299	
<b>Wertvorstellung: mehr vs. weniger Staat</b>			<b>V = .26***</b>
Mehr Staat	48	146	
Gemischt	26	404	
Weniger Staat	13	489	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Abschnitt 6 "Zur Methode".

Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.

© Universität Zurich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

Gesellschaftliche Merkmale korrelieren bei weitem nicht so stark mit dem Stimmentcheid wie die politischen Einstellungen. Das Haushaltseinkommen hatte beispielsweise keinen Zusammenhang mit dem Urnenentscheid. Die Bandbreite, in welcher sich die Ja-Stimmenanteile der verschiedenen Einkommensklassen bewegen, ist eng: lediglich zwischen zwanzig und 29 Prozent. Interessanterweise fand die Initiative nicht mal bei der tiefsten Einkommensklasse (bis 3'000 Franken) Gehör, die direkt von einem Mindestlohn von 4'000 Franken profitiert hatte. Die tiefen Einkommensklassen glaubten offensichtlich grossmehrheitlich nicht daran, dass die Initiative ihnen nutzt oder waren durch allfallige negative wirtschaftliche Folgen verunsichert. Als Grund für ihre Ablehnung gaben einige Befragte der tiefsten Einkommensklassen an, dass ein Mindestlohn zu Arbeitsplatzverlusten führt, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft darunter leidet und Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden.

Der Stimmentscheid unterschied sich nur geringfügig zwischen den Berufsgruppen. Angestellte der Privatwirtschaft und selbständig Erwerbende stimmten zu ungefähr einem Viertel (24%) für die Initiative, während öffentlich Angestellte zu einem Drittel dafür waren.

**Tabelle 4.2: Mindestlohn-Initiative – Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden**

Merkmale/Kategorien	% Ja <sup>a</sup>	n	Korrelationskoeffizient <sup>a</sup>
<b>Total VOX (gewichtet)</b>	<b>23.5</b>	<b>1'076</b>	
<b>Haushaltseinkommen</b>			<b>V = .07</b>
Bis 3'000 CHF	23	58	
3-5'000 CHF	23	207	
5-7'000 CHF	29	219	
7-9'000 CHF	20	200	
9-11'000 CHF	26	117	
Über 11'000 CHF	24	155	
<b>Berufliche Tätigkeit</b>			<b>V = .16**</b>
Selbständig	24	100	
Angestellte Privatwirtschaft	20	251	
Angestellte öffentlich	33	207	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Abschnitt 6 "Zur Methode".

Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.

© Universität Zurich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

### 4.3 Wahrnehmung

Das Begehren der InitiantInnen war der überwiegenden Mehrheit der Stimmenden bekannt. 89 Prozent der Teilnehmenden kannten die Initiativeforderung von einem gesetzlichen Mindestlohn von 4'000 Franken. Weitere zwei Prozent sprachen von sozialer Gerechtigkeit im Zusammenhang mit dem Mindestlohn. Nur gerade fünf Prozent der Stimmenden konnten keine Angaben zum Inhalt der Initiative machen.

**Tabelle 4.3: Mindestlohn-Initiative – Wahrnehmung der Inhalte in Prozent der Stimmberechtigten (nur Erstnennungen)**

Wahrnehmung*	Total		Stimmende		Nichtstimmende	
	%	n	%	n	%	n
Mindestlohn von 4'000 Franken	84	1261	89	755	77	504
Bezug auf soziale Gerechtigkeit	3	42	2	20	3	21
Negative Folgen eines Mindestlohns	0	6	0	5	1	2
Allgemeine Aussagen	0	7	0	5	0	0
Anderes, falsche Aussagen	3	45	3	23	3	22
Weiss nicht/keine Antwort	10	150	5	36	17	109
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>1'510</b>	<b>100</b>	<b>843</b>	<b>100</b>	<b>658</b>

\* Die Aussagen wurden nach Teilnahme gewichtet. Aufgrund der Gewichtung und der Rundung entspricht das Total nicht immer der Summe aller ausgewiesenen Werte.

© Universität Zurich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

#### 4.4 Die Stimmotive

Das Motiv der sozialen Gerechtigkeit bewegte die Befürwortende primar zu ihrem Entscheid (50% der zustimmenden Erstmotive). Dabei wurde oft erwähnt, dass wer Vollzeit arbeitet, auch davon leben können sollte. Eine weitere oft geausserte Aussage war, dass neben dem Lohn niemand noch Sozialleistungen benötigen sollte. Weitere 17 Prozent der Ja-Stimmenden gaben als Begründung an, dass der Mindestlohn zu einem stärkeren sozialen Ausgleich führt. Dabei wurde einerseits erwähnt, dass ein Mindestlohn zu einem Ausgleich zwischen den einzelnen Branchen führt und andererseits ein Mindestlohn die Schere zwischen Arm und Reich verringert. Neun Prozent begründeten ihren Entscheid damit, dass sie grundsätzlich für einen Mindestlohn sind, während weitere vier Prozent positive Nebeneffekte des Mindestlohns als Begründung für den Stimmentcheid angaben.

Ahnlich wie bei der 1:12-Initiative lag ein wesentlicher Grund für das klare Scheitern der Initiative in der Angst vor negativen wirtschaftlichen Folgen im Falle einer Annahme. Dieses Motiv war der Hauptbeweggrund für die Ablehnung der Mindestlohn-Initiative. Rund 22 Prozent der Nein-Stimmenden gaben an, ein Mindestlohn schwache die Schweizer Wirtschaft und führe zu erhöhter Arbeitslosigkeit. Weitere 17 Prozent waren aus ordnungspolitischen Gründen gegen die Initiative. Sie hielten das Begehren für einen unverhältnismässigen Eingriff des Staates in die Wirtschaft. Ein staatlicher Mindestlohn berücksichtigt die regionalen und kantonalen Unterschiede nicht, war das häufigste Motiv dieser Gruppe. Je 13 Prozent der Nein-Stimmenden gaben an, dass der Mindestlohn negative Nebeneffekte mit sich zieht oder das Leistungsprinzip untergräbt. Je ein weiteres Zehntel war entweder generell gegen einen Mindestlohn (11%) oder empfand den Mindestlohn als zu hoch (10%).

**Tabelle 4.4: Mindestlohn-Initiative – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)**

Spontan geausserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen		alle Nennungen	
	%	n	%	n
<b>JA-Stimmende</b>				
Für mehr soziale Gerechtigkeit	50	127	65	164
Für einen stärkeren sozialen Ausgleich	17	44	26	65
Grundsätzlich für den Mindestlohn	9	22	12	30
Positive Nebeneffekte des Mindestlohns (verhindert Schwarzarbeit, sinkende Sozialkosten, Entlastung Kantone, Konsum wird angekurbelt)	4	9	7	18
Andere, falsche Aussagen	8	21	11	28
Allgemeine Aussagen	9	23	12	31
Weiss nicht/keine Antwort	2	6	66	166
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>253</b>	<b>199</b>	<b>504</b>
<b>NEIN-Stimmende</b>				
Schwachung der Wirtschaft/Arbeitslosigkeit	22	179	40	327
Gegen staatliche Regulierung	17	138	28	227
Negative Nebeneffekte (Berufslehre wird unattraktiv, Inflation, zieht Ausländer an)	13	108	27	224
Leistungsprinzip (Personen ohne Ausbildung sollten nicht gleich viel verdienen)	13	110	22	184
Generell gegen einen Mindestlohn	11	92	15	125
Mindestlohn ist zu hoch	10	86	13	105
Andere, falsche Aussagen	6	46	9	77
Allgemeine Aussagen	5	40	7	54
Weiss nicht/keine Antwort	3	24	57	470
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>824</b>	<b>218</b>	<b>1'797</b>

© Universität Zurich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014. Aufgrund der Gewichtung und der Rundung entspricht das Total nicht immer der Summe aller ausgewiesenen Werte.

## 4.5 Pro- und Kontra-Argumente

Wie bereits bei den Motiven angetont, war die Befürchtung, wonach die Initiative Arbeitsplätze vernichten würde, ausserst entscheidungsrelevant. Das Argument, dass ein gesetzlicher Mindestlohn Arbeitsplätze vernichtet, weil Branchen wie beispielsweise die Landwirtschaft und die Gastronomie solche Löhne nicht bezahlen können, überzeugte eine überwiegende Mehrheit von 74 Prozent der Stimmenden. Zwar bestritten dies zwei Drittel (66%) der Ja-Stimmenden, aber 88 Prozent der Nein-Stimmenden hielten es für plausibel. Weiter waren knapp zwei Drittel (65%) der Stimmenden einverstanden mit dem Kontra-Argument, dass ein Mindestlohn von 4'000 Franken noch mehr ausländische Arbeitskräfte in die Schweiz locken würde. Unter den Nein-Stimmenden waren sogar drei Viertel (75%) von diesem Argument überzeugt. Auch das dritte Kontra-Argument, wonach ein gesetzlicher Mindestlohn ein Lohndiktat des Staates sei, fand unter allen Stimmenden eine Zustimmung von 72 Prozent. Zwar war die Hälfte (50%) der Ja-Stimmenden damit nicht einverstanden, aber 81 Prozent der Nein-Stimmenden hielten dies für überzeugend.



Die drei getesteten Pro-Argumente erhielten deutlich weniger Zuspruch. Ein Grund für die hohe Ablehnung der Initiative liegt offensichtlich im weit verbreiteten Zweifel an der Verwirklichung der von der Initiative anvisierten Ziele. Eine Mehrheit von 56 Prozent glaubte nicht daran, dass der gesetzliche Mindestlohn mehr Lohngerechtigkeit schaffe. Die Ja-Stimmenden waren zwar zu einer grossen Mehrheit (88%) davon überzeugt, nicht aber die Nein-Stimmenden (Anteil derjenigen, die mit dem Argument nicht einverstanden waren: 71%). Das Argument, wonach Mindestlöhne die Zahl der Sozialhilfebeziehenden senke und die Kassen der Kantone und Gemeinden entlaste, hielten nur gerade 38 Prozent der Stimmenden für überzeugend. Unter den Ja-Stimmenden waren 79 Prozent damit einverstanden, während bei den Nein-Stimmenden 63 Prozent nicht davon überzeugt waren. Einzig das Pro-Argument, wonach der Mindestlohn ohne Mehrkosten für Unternehmen eingeführt werden kann, wenn die Unternehmen auf Abzockerlöhne und überrissene Gewinne verzichten, fand mit 48 Prozent Zustimmung bei allen Stimmenden etwas mehr Unterstützung. Vier Fünftel (80%) der Ja-Stimmenden fanden dieses Argument plausibel und auch bei den Nein-Stimmenden waren immerhin 38 Prozent von dieser Aussage überzeugt. Jedoch wussten zwölf Prozent der Stimmenden nicht so recht, was sie mit dieser Aussage anfangen sollen und verweigerten eine substantielle Aussage.

**Tabelle 4.5: Mindestlohn-Initiative – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent**

		einverstanden (%)	nicht einverstanden (%)	weiss nicht (%)
<b>Pro-Argumente</b>				
Der gesetzliche Mindestlohn schafft mehr Lohngerechtigkeit.	Total	39	56	5
	Ja	88	8	4
	Nein	24	71	5
Wenn die Unternehmen auf Abzockerlöhne und überrissene Gewinne verzichten, kann der Mindestlohn ohne Mehrkosten für das Unternehmen eingeführt werden.	Total	48	40	12
	Ja	80	9	11
	Nein	38	49	13
Mindestlöhne senken die Zahl der Sozialhilfebezügler und entlasten die Kassen der Kantone und Gemeinden.	Total	38	51	10
	Ja	79	12	9
	Nein	26	63	11
<b>Kontra-Argumente</b>				
Ein gesetzlicher Mindestlohn ist ein Lohndiktat vom Staat.	Total	72	23	5
	Ja	45	50	5
	Nein	81	15	4
Ein gesetzlicher Mindestlohn vernichtet Arbeitsplätze, weil Branchen wie beispielsweise die Landwirtschaft und Gastronomie solche Löhne nicht bezahlen können.	Total	74	21	5
	Ja	29	66	6
	Nein	88	7	4
Ein vergleichsweise hoher Mindestlohn von 4'000 Franken würde noch mehr ausländische Arbeitskräfte in die Schweiz locken.	Total	65	27	8
	Ja	31	58	11
	Nein	75	18	7

Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 39% aller Stimmenden (88% der Ja-Stimmenden; 24% der Nein-Stimmenden) pflichteten dem ersten Argument bei, 56% (8% der Ja-Stimmenden und 71% der Nein-Stimmenden) lehnten es ab und 5% (4%; 5%) konnten sich nicht entscheiden.

Gesamtheit der antwortenden Stimmenden = 1'076 (gewichtet).

© Universität Zurich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

## 5. Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz)

### 5.1 Ausgangslage

Die absehbare Ausmusterung von 54 F-5 Tiger Kampfflugzeugen warf die Frage auf, wie und ob diese zu ersetzen seien. Nach langjähriger Evaluation beschlossen Bundesrat und Parlament, 22 neue Flugzeuge des Typs Gripen als Ersatz für die alternden F-5 Tiger zu beschaffen. Zur Finanzierung dieser neuen Kampfflugzeuge sah das Parlament einen Spezialfonds vor, der aus dem ordentlichen Rustungsbudget gespeist werden wäre und die finanzielle Belastung von rund 3 Milliarden Franken gleichmässig über elf Jahre verteilt hätte. In der Schlussabstimmung im Nationalrat wurde die Vorlage gegen den Widerstand von SP, GPS und GLP mit 119 zu 71 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen, im Ständerat mit 25 zu 17 Stimmen ohne Enthaltung.

Die Verlierer der Schlussabstimmung ergriffen daraufhin erfolgreich das Referendum gegen das Gesetz zur Schaffung dieses "Gripen-Fonds". Argumentiert wurde, dass die Beschaffung des Gripen unnötig und zu teuer sei. Darüber hinaus wurde kritisiert, dass die Kampfflugzeuge in der zu beschaffenden Version noch gar nicht existierten. Die Unterschriften für das Referendum wurden von zwei unterschiedlichen Komitees gesammelt. Einerseits vom Bündnis "Nein zu den Kampfjet-Milliarden" bestehend aus SP, Grünen und armeekritischen Organisationen wie der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Andererseits bildete sich aber auch ein liberales Komitee "Nein zum Gripen", das primär von der Grünliberalen Partei (GLP) getragen wurde, aber auch von einzelnen VertreterInnen aus anderen bürgerlichen Parteien unterstützt wurde.

Allgemein kann festgehalten werden, dass sich die Mitteparteien schwer taten, eine Parole zur Gripen-Beschaffung zu fassen. So stellten sich etwa die CVP Frauen gegen das Ja der nationalen Mutterpartei und die EVP konnte sich zu keiner Entscheidung durchringen und beschloss schliesslich Stimmfreigabe.

Das Rennen um den Gripen blieb bis zum Abstimmungssonntag ausserst spannend, das Ergebnis war nicht vorhersehbar. Dies sorgte für einen engagierten und lebendigen Abstimmungskampf. Besonders Exponenten auf Seiten der Gripen-BefürworterInnen sorgten wiederholt (und zuweilen unfreiwillig) für mediale Aufmerksamkeit. So legte die CVP aufgrund von Einmischungsversuchen durch den Gripen-Hersteller Saab drei Monate vor der Abstimmung die politische Führung der Kampagne nieder. Die SVP übernahm darauf den Kampagnen-Lead. Später gelangten Dokumente an die Öffentlichkeit, die offensive Beratungsangebote der schwedischen Botschaft offenbarten. Und nicht zuletzt stand auch Bundesrat Ueli Maurer, der sich engagiert für die Beschaffung neuer Flugzeuge einsetzte, in der medialen Kritik.

Am Abstimmungssonntag blieb es lange spannend: In einem Kopf-an-Kopf-Rennen setzten sich die GegnerInnen des Gripen schliesslich mit 53.4 Prozent Nein-Stimmen durch. Die gesamte lateinische Schweiz lehnte die Beschaffung der Kampfflugzeuge ab. Mit Unterstützung aus den Kantonen Zürich, Bern, Basel-Stadt, Basel-Land, Fribourg und Schaffhausen, in denen sich ebenfalls eine Mehrheit von Nein-Stimmenden fand, reichte dies für die Ablehnung des Begehrens.

## 5.2 Das Profil der Stimmenden

Erwartungsgemäss wichtig für den Entscheid über das Gripen-Fonds-Gesetz war die politische Gesinnung. Unter den Stimmenden aus dem linken Spektrum fand der Vorschlag zum Kauf neuer Kampfflugzeuge wenig Anklang. Besonders tief lag die Zustimmungsrate unter AnhängerInnen der Grünen Partei (5%). Etwas weniger vehement, aber immer noch deutlich wurde der Gripen von der SP-Wahlerschaft abgelehnt (85% Ablehnung). Allerdings beschränkte sich die Skepsis gegenüber dem Kauf des Gripens offensichtlich nicht nur auf linke Kreise. Die AnhängerInnen der Grünliberalen Partei, unter deren Federführung sich das liberale Nein-Komitee bildete, lehnte die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ebenfalls grossmehrheitlich ab.<sup>15</sup> Und selbst unter den Stimmenden derjenigen Zentrumsparteien, die ein Ja zum Gripen empfahlen, hielt sich die Unterstützung für neue Kampfflugzeuge in Grenzen. Einzig die Sympathisierenden der SVP legten mit deutlicher Mehrheit ein Ja in die Urne (81%). Auch unter Stimmenden, die sich keiner Partei besonders nahe fühlen, zeigt sich deutlich die vorherrschende Ambivalenz gegenüber dem Kauf neuer Kampfflugzeuge: Exakt die Hälfte der Parteungebundenen sprach sich in unserer Stichprobe dafür aus, die andere Hälfte dagegen. Die verhaltene Zustimmung unter den Stimmenden der Mitteparteien bestätigt sich auch bei der Links-Rechts-Positionierung. Gerade mal die Hälfte derjenigen, die sich in der Mitte des politischen Spektrums einordnen, befürworteten den Kauf des Gripens. Selbst unter eher rechts eingestellten Befragten sprachen sich nur zwei von drei (66%) für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge aus. Der Umstand, dass das Begehren selbst bei den Gefolgschaften derjenigen Mitteparteien, die eine Ja-Parole zum Gripen ausgaben, nicht übermässig gut ankam, trug wohl entscheidend zum knappen Scheitern an der Urne bei.

---

<sup>15</sup> Der Prozentsatz der Anhänger beziehungsweise Befürworter des Gripens unter den grünliberal Wählenden ist allerdings mit Vorsicht zu interpretieren, da dieser lediglich auf einer kleinen Anzahl Befragten (n = 41) basiert.

**Tabelle 5.1: Gripen-Fonds-Gesetz – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden**

Merkmale/Kategorien	% Ja <sup>a</sup>	n	Korrelationskoeffizient <sup>a</sup>
<b>Total VOX (gewichtet)</b>	<b>47</b>	<b>1'073</b>	
<b>Parteiverbundenheit</b>			<b>V = .44***</b>
SP – Sozialdemokratische Partei	15	180	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	72	56	
FDP.Die Liberalen	63	112	
SVP – Schweizerische Volkspartei	81	149	
Grüne	5	52	
GLP – Grünliberale Partei	(23)	41	
BDP – Bürgerlich Demokratische Partei	(58)	30	
Keine Partei	50	279	
<b>Einordnung auf der Links-Rechts-Achse</b>			<b>V = .40***</b>
Links aussen	13	108	
Links	22	201	
Mitte	50	344	
Rechts	66	207	
Rechts aussen	74	135	
Weiss nicht	52	66	
<b>Wertvorstellung: Haltung zur Armee</b>			<b>V = .56***</b>
Starke Armee	76	517	
Gemischt	27	325	
Schwache bzw. keine Armee	9	220	
<b>Wertvorstellung: Moderne vs. traditionelle Schweiz</b>			<b>V = .16***</b>
Modern	34	364	
Gemischt	53	505	
Traditionell	57	187	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Abschnitt 6 "Zur Methode".

Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.

© Universität Zurich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

Die Einstellung zur Armee und der Abstimmungsentscheid weisen erwartungsgemäss einen starken Zusammenhang auf. Wenig überraschend lehnten diejenigen, die sich als grundsätzliche GegnerInnen der Armee zu erkennen gaben, den Gripen-Kauf fast durchs Band ab (91%). Diese ablehnende Haltung war allerdings auch unter Befragten mit einer gemischten Haltung zur Armee deutlich zu spüren (73% Nein). AnhängerInnen einer starken Armee schliesslich unterstützten grossmehrheitlich die Schaffung des Gripen-Fonds. Trotzdem zeigt die Zustimmungsrate von 76% unter ArmeeanhängerInnen auch an, dass die Beschaffung neuer Gripen-Flugzeuge nicht zwingend als Voraussetzung einer starken Armee betrachtet wird. Immerhin fast ein Viertel (24%) aller BefürworterInnen einer starken Armee sprachen sich gegen die Vorlage aus. Diese selbst unter ArmeeanhängerInnen nicht vorbehaltlose Unterstützung für den Gripen liefert erste Indizien dafür, dass ein Nein zum Gripen nicht als eine grundsätzliche Absage an die Armee als solche betrachtet wurde. In eine ähnliche Richtung zeigt auch der eher

schwache Einfluss der Traditionsgebundenheit. Zwar haben Personen, die traditionellen Werten eine hohe Bedeutung beimessen, das Gripen-Fonds-Gesetz mehrheitlich befürwortet, die Unterstützung fällt aber verhalten aus (57% Ja). Die Beschaffung neuer Gripen-Kampfflugzeuge wurde offenbar nicht als fundamental wichtige Investition in den Erhalt einer Schweiz, die auf Tradition bedacht ist, betrachtet.

**Tabelle 5.2: Gripen-Fonds-Gesetz – Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden**

Merkmale/Kategorien	% Ja <sup>a</sup>	N	Korrelationskoeffizient <sup>a</sup>
<b>Total VOX (gewichtet)</b>	<b>47</b>	<b>1'073</b>	
<b>Geschlecht</b>			<b>V = .12***</b>
Männer	53	510	
Frauen	42	564	
<b>Bildung</b>			<b>V = .17***</b>
Universität	35	225	
ETH/FHS	38	135	
Höhere Fachschule	63	110	
Höhere Fach-/Berufsausbildung	57	130	
Matur/Primarlehrer	45	82	
Berufslehre	50	348	
Obligatorische Schule	(55)	39	
<b>Alter</b>			<b>V = .13**</b>
18-29 Jahre	37	77	
30-39 Jahre	40	147	
40-49 Jahre	47	175	
50-59 Jahre	42	217	
60-69 Jahre	52	236	
über 70 Jahre	55	221	
<b>Militardienst</b>			<b>V = .15***</b>
Ja, aktuell/ Ja, früher	56	415	
Nein	41	654	
<b>Siedlungsart</b>			<b>n.s.</b>
Landliche Gemeinden	51	275	
Kleine und mittlere Agglomerationen	48	413	
Grosse Agglomerationen/Städte	44	385	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Abschnitt 6 "Zur Methode".

Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.

© Universität Zürich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

Neben den politischen Einstellungen korrelierten auch diverse soziodemografische Faktoren mit dem Abstimmungsentscheid. Frauen stimmten dem Kauf von Kampfflugzeugen weniger häufig zu als Männer. In unserer Stichprobe lehnten Frauen die Gripen-Vorlage mehrheitlich ab (Anteil Nein-Stimmen 58%), während Männer sie knapp annahmen (Anteil Ja-Stimmen: 53%). Unter den Männern spielte zudem der Umstand, ob man selbst Militardienst geleistet hat bzw. aktuell leistet, eine wichtige Rolle. Bei den gegenwärtig oder früher Dienst leistenden, männlichen Angehörigen der Armee findet

sich eine Mehrheit (58%, n=366) zugunsten des Gripen-Fonds-Gesetzes, während Männer, die nie Angehörige der Armee waren, die Vorlage klar ablehnten (Nein-Stimmenanteil: 64%; n=107). Zwei Gründe sind dafür denkbar: Einerseits konnte die "Sozialisierung" in der Armee zu einer generell armeerfreundlicheren Haltung geführt haben, andererseits ist das Umgekehrte ebenfalls möglich: Eine generell armeerfreundlichere Haltung erhöht die Wahrscheinlichkeit, Armeeingehöriger zu werden.

Bei der formalen Schulbildung fällt vor allem die tiefere Zustimmungsrates unter Personen mit Tertiärbildung auf. AbsolventInnen von Universitäten, ETH oder Fachhochschulen lehnten das Gripen-Fonds-Gesetz häufiger ab (65% bzw. 62% Nein) als der Durchschnitt (53% Nein). Tendenziell stärker abgelehnt wurde der Gripen-Kauf auch von jüngeren Stimmenden. Die Differenz zwischen den Altersgruppen erklärt sich primär mit der armeerfreundlicheren Haltung der älteren Generation. Das räumliche Umfeld spielte hingegen offenbar eine untergeordnete Rolle. Personen, die in Städten zuhause sind, legten im Durchschnitt nur unwesentlich häufiger Nein ein (56%) als Personen, die auf dem Land ansässig sind (49%). Die politische Einstellung und gewisse Wertevorstellungen schienen den Entscheid für oder gegen den Gripen stärker beeinflusst zu haben als die Siedlungsart.

### 5.3 Wahrnehmung

Einem Grossteil der Befragten war klar, worüber abgestimmt wurde. Rund achtzig Prozent aller Befragten nannten entweder die generelle Beschaffung neuer Kampfflugzeuge (oder konkret den Flugzeugtyp Gripen), etwas differenzierter die Schaffung eines Fonds zur Finanzierung des neuen Flugzeugs oder allgemein den (Teil-)Ersatz der bisherigen Luftwaffe. 7 Prozent waren der Meinung, dass alte Flugzeuge ersetzt werden müssen, wobei erstaunlich oft von den weiterhin einsatzfähigen *F/A-18-Kampffliegern* die Rede war. Dieses Missverständnis hatte jedoch keinerlei Einfluss auf den Stimmentscheid: Im Durchschnitt hat diese Gruppe den Gripen etwa gleich oft abgelehnt wie befürwortet. Im Gegensatz zu früheren Armeeabstimmungen schien allen Stimmberechtigten bewusst, dass es beim Gripen-Fonds-Gesetz nicht um "Sein oder Nichtsein" der Schweizer Armee ging. Die Abschaffung der Armee wurde von keinem der Befragten als Inhalt der Vorlage genannt.

Insgesamt zwölf Prozent der Befragten waren nicht imstande, eine Angabe zum Inhalt der Vorlage zu machen, wobei sich dieser Anteil unter denjenigen Personen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, auf fünf Prozent reduziert.

**Tabelle 5.3: Gripen-Fonds-Gesetz – Wahrnehmung der Inhalte in Prozent der Stimmberechtigten (nur Erstnennungen)**

Wahrnehmung*	Total		Stimmende		Nichtstimmende	
	%	n	%	n	%	n
Beschaffung neuer Kampfflugzeuge/Kauf des Gripen	62	930	64	543	59	385
Schaffung eines Fonds/Allgemeines zur Finanzierung	10	149	15	123	4	26
Ersatz alter Flugzeuge	7	99	6	53	7	46
Sicherheit der Schweiz/Verteidigung Lufthoheit	3	45	2	18	4	27
Allgemeines fur die Beschaffung	2	23	1	10	2	10
Allgemeines gegen die Beschaffung	3	43	3	29	2	13
Anderes/Bundesrat/Ueli Maurer	3	39	3	26	2	11
Weiss nicht/keine Antwort/inhaltlich falsche Aussagen	12	184	5	41	21	139
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>1510</b>	<b>100</b>	<b>843</b>	<b>100</b>	<b>658</b>

\* Die Aussagen wurden nach Teilnahme gewichtet. Aufgrund der Gewichtung und der Rundung entspricht das Total nicht immer der Summe aller ausgewiesenen Werte.

© Universität Zurich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

## 5.4 Die Stimmotive

Das meistgenannte Motiv für ein Ja zum Gripen-Kauf lag in der Einsicht in die Notwendigkeit einer starken und modernen Luftwaffe. In Anbetracht der baldigen Ausmusterung der F-5-Tiger wurde die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge von rund einem Viertel der BefürworterInnen (26%) als vernünftige Investition eingeschätzt. Ähnlich, wenn auch grundsätzlicher, argumentierten jene 20 Prozent der Ja-Stimmenden, die sich allgemein für eine starke Armee aussprachen. Für diese Gruppe bedingt dies offensichtlich eine Luftwaffe, die nicht nur aus der verbleibenden F/A-18-Flotte besteht, sondern mit modernen Flugzeugen ergänzt wird. Die aktuelle politische Krise in der Ukraine und die Annektierung der Krim zeigte für zwölf Prozent der Befragten die Unvorhersehbarkeit kriegerischer Risiken auf und gab den Ausschlag für ein Ja zur Aufrüstung der Schweizer Luftwaffe. Für weitere elf Prozent der BefürworterInnen ist eine starke Luftwaffe ein Garant für die Unabhängigkeit der Schweiz, die es erlaubt, auch in Zukunft glaubwürdig den Status der Neutralität zu wahren.

Nur neun Prozent der Erstnennungen beziehen sich auf ökonomische Motive. Die versprochenen Aufträge für heimische Unternehmen (resultierend aus Gegengeschäften des Gripen-Herstellers Saab im Falle eines Flugzeugkaufs) waren deshalb für die Entscheidungsfindung der StimmbürgerInnen von geringerer Bedeutung. Rund ein Fünftel der Ja-Stimmenden (19%) gab eher diffuse, wenig spezifische Gründe ("Bauchgefühl") für ihre Unterstützung des Gripen an.

Im Gegensatz zur überwiegend sicherheitspolitischen Argumentation der Befürworter dominierten bei den Nein-Stimmenden eindeutig finanzpolitische Motive. Ein Drittel der Gripen-Gegner konnte von der präsentierten Kosten-Nutzen-Rechnung nicht überzeugt werden. Die Ausgaben von insgesamt rund 3 Mrd. Franken schienen einem beachtlichen Teil der Stimmenden zu hoch – oder zumindest zu wenig zweckmässig eingesetzt. Bezieht man auch Zweitnennungen mit ein, machten finanzpolitische Motive gar 63 Prozent aller Nennungen der Nein-Stimmenden aus. Zweifel an der Notwendigkeit der Ausgaben bestanden auch für diejenigen Befragten, die angaben, dass vor einer grossen Investition die zukünftige Ausrichtung der Armee geklärt werden müsse. Hier zeigt sich eine gewisse Unsicherheit darüber, welche Formen die militärischen Risiken

der Zukunft annehmen werden. Weitere 13 Prozent der Nein-Stimmenden gaben konkret die Auswahl des Flugzeugtyps Gripen als Hauptgrund für ihre ablehnende Haltung an. Der Umstand, dass die zur Beschaffung vorgeschlagenen Kampfflugzeuge (Typ Gripen E) noch nicht in der abschliessenden Form produziert werden und damit das eigentliche Produkt gar nicht getestet werden konnte, verleitete offenbar einen nicht zu vernachlässigenden Teil der Stimmenden zu einem Nein. Eine grundsätzlich ablehnende Haltung zur Armee war für neun Prozent der Befragten die primäre Motivation, um ein Nein in die Urne zu legen. In diesem Zusammenhang ist es aufschlussreich, den Anteil der grundsätzlichen ArmeebefürworterInnen bei den Ja-Stimmenden (20%) mit demjenigen der Pazifisten unter den Nein-Stimmenden zu vergleichen, der wie eben aufgezeigt, neun Prozent betrug. Die BefürworterInnen einer starken Armee sind zahlenmässig deutlich stärker als die MilitargegnerInnen und trotzdem wurde die Vorlage abgelehnt, weil diejenigen, die sich weder zu ersteren noch zu letzteren zählen, in der Mehrheit gegen den Gripen entschieden.

Schliesslich wurde - im Vergleich zu anderen Vorlagen auffällig häufig – die Kampagne und die Informationspolitik der Gripen-BefürworterInnen als Grund für ein Nein genannt. Ein "Hin und Her bis zur Abstimmung" wurde mehrfach beklagt oder dass "das VBS nicht recht weiss, was es will". In diesen Voten widerspiegelt sich wohl das langwierige Auswahlverfahren genauso wie die happchenweise an die Öffentlichkeit gelangten Indiskretionen (Einmischung Saab und schwedische Botschaft) und kommunikative Fehltritte der BefürworterInnen während dem Abstimmungskampf.

**Tabelle 5.4: Gripen-Fonds-Gesetz – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)**

Spontan geausserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen		alle Nennungen	
	%	n	%	n
<b>JA-Stimmende</b>				
Notwendige, vernünftige Modernisierung der Luftwaffe	26	134	41	207
Für eine starke Armee	20	99	28	140
Unsichere Zukunft, Situation im Ausland (u.a. Krise in der Ukraine)	12	63	22	113
Unabhängigkeit und Neutralität wahren	11	58	15	77
Ökonomische Motive, schafft Arbeitsplätze	9	44	20	102
Allgemein positive Äusserung, "Bauchgefühl"	19	96	31	157
Weiss nicht/keine Antwort	2	12	56	285
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>506</b>	<b>214</b>	<b>1081</b>



**Fortsetzung Tabelle 5.4: Gripen-Fonds-Gesetz – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)**

Spontan geausserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen		alle Nennungen	
	%	n	%	n
<b>NEIN-Stimmende</b>				
Beschaffung zu teuer, Geld besser anders einsetzen	33	189	63	359
Reformbedarf, zuerst Ausrichtung der Armee klären	13	73	23	131
"Papierflieger", Unsicherheit bezüglich des Flugzeugtyps, undurchsichtiges Auswahlverfahren	13	75	20	112
Grundsätzlich gegen die Armee	9	50	11	64
Kampagne, schlechte Informationspolitik	6	35	10	59
Neutralität, Kooperation mit Nachbarländern	4	22	6	36
Allgemeine negative Ausserungen, Anderes	18	103	22	124
Weiss nicht/keine Antwort	4	20	57	321
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>548</b>	<b>212</b>	<b>1207</b>

© Universität Zurich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014. Aufgrund der Gewichtung und der Rundung entspricht das Total nicht immer der Summe aller ausgewiesenen Werte.

## 5.5 Pro- und Kontra-Argumente

Ein erster Überblick zeigt auf, dass die Argumente der Befürworter tendenziell besser verfangen als diejenigen der erfolgreichen Gripen-Gegner. Besonders Argumente zur Sicherheit und Lufthoheit der Schweiz erzielten hohe Zustimmungsraten. Insgesamt zwei Drittel der Befragten halten die eigenständige Verteidigung des Schweizer Luftraums für unabdingbar und 64 Prozent fühlen sich aufgrund der derzeitigen Situation in der Ukraine auch darin bestätigt, dass sich die Sicherheitslage in Zukunft auch wieder zum Schlechten wenden kann. Interessant dabei ist, dass sich auch beinahe die Hälfte der Gripen-Gegner mit diesen sicherheitspolitischen Argumenten einverstanden erklärte.

Die Graben zwischen Gripen-BefürworterInnen und -GegnerInnen werden hingegen deutlich, wenn die Befragten nach der Zweckmassigkeit der finanziellen Lasten für die neuen Kampfjets gefragt werden. Während Gripen-BefürworterInnen die Kosten von insgesamt rund 3 Mrd. Franken durchgangig für vernünftig halten (92%), sind gerade einmal 17 Prozent der Nein-Stimmenden mit diesem Argument einverstanden. Das erste Kontra-Argument stützt diese Haltung aus der umgekehrten Perspektive: Die Nein-Stimmenden sind überwiegend der Meinung, dass das budgetierte Geld in anderen Bereichen (Bildung, Sozialwerke) vernünftiger investiert werden konnte. Unter den Gripen-Befürwortern erklärte sich nur etwa ein Funftel (21%) mit diesem Argument einverstanden.

Ein weiteres Kontra-Argument – dasjenige, wonach die Schweiz genügend gerüstet sei und keine neuen Kampfjets benötige – zeigt auf, dass auch beachtliche Meinungsdivergenzen darüber bestehen, wie genau die Sicherheit der Schweiz in Zukunft zu gewährleisten ist. 76 Prozent der Nein-Stimmenden, von denen beinahe die Hälfte (44%) die Verteidigung der Lufthoheit befürwortet, sind jedoch der Ansicht, dass es dazu keine *neuen* Kampfjets braucht. Die bestehende F/A-18-Flotte bietet für diesen Teil der Stimmberechtigten offenbar genügend Schutz, um die Lufthoheit im Konfliktfall verteidigen zu können. Vor diesem Hintergrund erscheint auch naheliegend, dass eine Inves-

tition in die Aufrüstung der Luftwaffe als wenig vernünftig erachtet wird. Hingegen widersprechen 85 Prozent der Ja-Stimmenden der obigen Aussage. Die Aufrüstung der Luftwaffe ist in ihren Augen eine Notwendigkeit.

Verstärkt wurde diese Haltung durch eine gewisse Unsicherheit bezüglich der Leistungsfähigkeit des Gripen E, der aus dem mehrjährigen Auswahlverfahren als nicht unumstrittener Sieger hervorging. 39 Prozent der Befragten waren damit einverstanden, dass Unklarheit darüber herrsche, ob der Gripen die Anforderungen der Armee überhaupt vollständig erfüllen kann. Dieses Bild einer vorherrschenden Skepsis gegenüber der Leistungsfähigkeit des Gripen wird durch die vielen Befragten verstärkt, die auf dieses Argument mit "weiss nicht" antworteten (25%). Selbst unter Befürwortern des Gripen-Kaufs verwahrte sich nur rund die Hälfte (53%) gegen den Vorwurf fragwürdiger Leistungsfähigkeit. Nach einem langen Auswahlverfahren gelang es den Verantwortlichen offenbar nicht, das Stimmvolk von ihrer Typenwahl zu überzeugen.

Dieser Eindruck ungenügender Überzeugungsarbeit der Gripen-BefürworterInnen verstärkt sich schliesslich durch die sehr hohen Zustimmungsraten zum letzten Argument. Eine Mehrheit in beiden Lagern war der Meinung, dass der Beschaffungsprozess insgesamt suboptimal verlief und von Pannen und Widersprüchen gekennzeichnet war.

Von einer grundsätzlichen Infragestellung einer eigenständigen militärischen Verteidigung der Schweiz kann also trotz der Ablehnung der Gripen-Beschaffung keine Rede sein. Vielmehr scheint sich ein beachtlicher Teil der Nein-Stimmenden trotz positiver Haltung zur Landesverteidigung bewusst und differenziert gegen die Beschaffung dieser 22 Gripen E ausgesprochen zu haben. Den BefürworterInnen gelang es nicht, eine Mehrheit von der Notwendigkeit dieser Beschaffung zu überzeugen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Erstens bestehen unterschiedliche Meinungen zur zukünftigen Ausrichtung der Armee und damit zur Stellung und notwendigen Grösse einer schlagkräftigen Luftwaffe im Allgemeinen. Zweitens bestanden beachtliche Zweifel darüber, ob der Gripen Typ E wunschgemäss produziert werden und die Anforderungen der Armee erfüllen kann. Drittens verstärkten der langwierige Beschaffungsprozess und wiederholte strategische Missgeschicke und Indiskretionen auf Seiten der Pro-Kampagne die allgemein bestehende Skepsis gegenüber der Beschaffung dieses Kampfflugzeugs. All diese Faktoren führten mutmasslich dazu, dass über die Gruppe der grundsätzlichen ArmeegegnerInnen hinaus eine Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht zweifelsfrei von der Zweckmassigkeit dieser Ausgaben in Milliardenhöhe überzeugt werden konnte. Motiviert durch diesen finanzpolitischen Pragmatismus legten auch Stimmende ein Nein in die Urne, die unvermindert zu einer eigenständigen, starken und modernen Armee stehen.

**Tabelle 5.5: Gripen-Fonds-Gesetz – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent**

		einverstanden (%)	nicht einverstanden (%)	weiss nicht (%)
<b>Pro-Argumente</b>				
Die Kosten von jährlich rund 300 Mio. Franken während 11 Jahren sind eine vernünftige Investition in die Sicherheit der Schweiz	Total	53	43	4
	Ja	92	4	4
	Nein	17	78	4
Die Schweiz muss die Lufthoheit im Konfliktfall in allen Lagen verteidigen können	Total	66	30	4
	Ja	92	6	2
	Nein	44	50	6
Die aktuelle Situation in der Ukraine zeigt auf, wie schnell sich die Sicherheitslage in Europa und damit in der Schweiz verändern kann	Total	64	31	5
	Ja	86	10	4
	Nein	45	49	6
Dank Gegengeschäften profitiert auch die Schweizer Wirtschaft vom Gripen-Kauf	Total	64	22	14
	Ja	82	8	11
	Nein	49	35	16
<b>Kontra-Argumente</b>				
Das budgetierte Geld soll vernünftiger investiert werden zum Beispiel in Bildung, in die Sozialwerke, die AHV oder Forschung	Total	54	41	5
	Ja	21	73	6
	Nein	83	13	4
Die Schweiz ist genügend gerüstet und braucht keine neuen Kampffjets	Total	44	49	7
	Ja	9	85	7
	Nein	76	17	7
Der Gripen kann die Anforderungen der Schweizer Armee gar nicht vollständig erfüllen	Total	39	35	25
	Ja	21	53	26
	Nein	56	20	25
Der gesamte Ablauf der Gripen-Beschaffung war geprägt von Pannen und Widersprüchen	Total	68	22	10
	Ja	54	35	11
	Nein	80	10	9

Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 53% aller Stimmenden (92% der Ja-Stimmenden; 17% der Nein-Stimmenden) pflichteten dem ersten Argument bei, 43% (4% der Ja-Stimmenden und 78% der Nein-Stimmenden) lehnten es ab und 4% (4%; 4%) konnten sich nicht entscheiden.

Gesamtheit der antwortenden Stimmenden = 1'073 (gewichtet).

© Universität Zurich/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18.05.2014.

## 6. Zur Methode

Der vorliegende Bericht beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung. gfs.bern fuhrte die Befragung innerhalb von 11 Tagen nach der Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 durch. Die Analyse wurde durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Zürich (IPZ) vorgenommen.

Die Befragung wurde von hundert BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch ausgeführt, wobei gfs.bern als Kontrollinstanz die Möglichkeit hatte, die Befragung extern und ohne Vorankündigung zu beaufsichtigen. Die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren, wobei auf der ersten Stufe (Sprachregionen) die Zahl der Befragten für die drei Sprachregionen festgelegt wurde. Auf der zweiten Stufe (Haushalte) erfolgte eine Zufallsauswahl aus dem elektronischen, aktualisierten Telefonverzeichnis der Swisscom. Die Auswahl auf der dritten Stufe (Personen aus dem jeweiligen Haushalt) erfolgte nach dem "Geburtstagsprinzip". Die realisierte Stichprobe betrug 1'510 Personen, davon stammten 54 Prozent der Befragten aus der Deutschschweiz, 27 Prozent aus der Romandie und 20 Prozent aus der italienischsprachigen Schweiz. Mit Nichtteilnehmenden wurde nur ein Teil des Interviews durchgeführt. Die Verweigerungsquote belief sich auf 83 Prozent; d.h. mit 17 Prozent der kontaktierten Personen konnte ein Interview durchgeführt werden.

Das demografische Abbild ist weitgehend gewährleistet.<sup>16</sup> Die Abweichungen bei den Altersklassen und dem Geschlecht betragen maximal 0.2 Prozent, was innerhalb des Stichprobenfehlers liegt. Wie immer sind die an der Abstimmung Teilnehmenden überrepräsentiert (+21%). Jedoch bewegt sich die Abweichung von der realen Abstimmungsbeteiligung im Rahmen früherer VOX-Analysen. Die in der Umfrage ermittelten Stimmenverhältnisse weichen in unterschiedlichem Ausmass vom effektiven Ergebnis ab. Bei der medizinischen Grundversorgung beträgt die Differenz +3.7, bei der Pado-philie-Initiative -7.9, bei der Mindestlohn-Initiative +3.5 und beim Gripen-Fonds-Gesetz -6.4 Prozentpunkte.

Wir haben für die Durchführung bestimmter Berechnungen Gewichtungsfaktoren für die Beteiligung respektive das Abstimmungsverhalten verwendet. Gewichtet wurde dort, wo sich die Untersuchungsvariable jeweils auf Ja- und Nein-Stimmende beziehungsweise auf Teilnehmende und Nichtteilnehmende bezog. Für die Beteiligung wurde erstmals nach Stimmregisterdaten aus dem Kanton Genéve, der Stadt St. Gallen und einer Auswahl von Gemeinden des Kantons Tessin gewichtet.

Die Grösse der Stichprobe (1'510 Personen) ergibt bei einer reinen Zufallsauswahl und einer Verteilung der Prozentwerte von 50:50 einen Stichprobenfehler von  $\pm 2,5$  Prozentpunkten. Bei einer geringeren Stichprobengrösse erhöht er sich, beispielsweise bei 780 Befragten auf  $\pm 3,5$ . Liegen die Prozentwerte weiter auseinander, so reduziert sich der Stichprobenfehler (z.B. bei einem Ergebnis von rund 70%:30% auf  $\pm 3,2$ ). Vorsicht bei der Interpretation von Daten ist also dort geboten, wo die Teilstichproben klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist. In solchen Fällen können auf Grund des grosseren Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden.

---

<sup>16</sup> Siehe hierzu: Longchamp, C. et al.: Technischer Bericht zur VOX-Analyse vom 18. Mai 2014, gfs.bern.

Die Bestimmung des Signifikanzniveaus stützt sich auf den Unabhängigkeitstest mittels Chi-Quadrat. Dabei bedeutet \* eine Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 0.05, \*\* eine solche von unter 0.01 und \*\*\* eine solche unter 0.001. Im letzteren Fall heisst dies, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Zusammenhang zwischen zwei Variablen zufällig entstanden ist, unter einem Promille liegt und demnach der Zusammenhang als sehr hoch signifikant bezeichnet werden kann. Alle Werte, die eine Irrtumswahrscheinlichkeit von über 0.05 haben, sind gemäss statistischer Konvention als nicht signifikant anzusehen. Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient Cramers' V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von Null von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von Eins von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden. Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da zu ihrer Berechnung auch die Anzahl der Merkmalskategorien beider Variablen und die Fallzahl beizuziehen sind.